

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

148 (3.6.1920) Erstes und Zweites Blatt

**Bestandpreis:**  
In Karlsruhe frei ins Haus  
abgeholt monatlich 4.00 M.  
an den Ausgabestellen  
abgeholt monatlich 4.30 M.  
In Stuttgart durch unsere  
Agenturen bezogen 4.60 M.  
monatlich, am Posthalter  
abgeholt monatlich 4.40 M.  
vierteljährlich 13.20 M. durch  
den Briefträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
4.75 M. vierteljährlich 14.25 M.  
Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Hiltnerstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

**Anzeigen:**  
Die gelbe Anzeigenzeile  
ober dem Raum a) lokal  
1.40 M. b) auswärts 1.60 M.  
Stellungszeile 5.— M. an  
erster Stelle 5.50 M.  
Nacht nach Zeit.  
Anzeigenannahme  
bis 12 Uhr mittags.  
kleinere Anzeigen frühestens  
bis 4 Uhr nachmittags.

**Demographische Anstalt:**  
Geschäftsstelle Nr. 203.  
Verlag Nr. 297.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 894

**Badische Morgenzeitung**

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

**Badische Morgenpost**

Chefredakteur: Hermann v. Saer. Verantwortlich für Politik: Martin Polzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Rest: Karl Jobst und Hermann P. d.; für Inserate: I. B. Dein. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung u. v. S. sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Friedrich, Friedenau, Friedenstraße 65/66. Telefon: Amt 117. Abland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 148.

Donnerstag, den 3. Juni 1920

Erstes Blatt.

Des Fronleichnamfestes wegen kommt die nächste Nummer unseres Blattes Freitag mittag zur Ausgabe.

## Die Befolgung der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten.

Von Amtsrichter Dr. Guido Weser,  
Mitglied des Badischen Landtags.

Reich und Land haben die Befolgungsverhältnisse ihrer Beamten durch Befolgungsgesetze neu geregelt. Nicht weniger dringend aber ist es, dafür zu sorgen, daß auch die Befolgungsverhältnisse der Gemeindebeamten dort, wo es noch nicht gechehen ist, baldigt den bestehenden Teuerungsvhältnissen angepaßt werden. Es ist zwar anzunehmen, daß ein großer Teil der Gemeinden wie bisher, so auch künftig, es von sich aus an dem erforderlichen Verständnis nicht fehlen lassen und im Rahmen der Kräfte der Gemeinden der Vorlage der Selbstbestimmten, wie sie durch die außerordentliche Teuerung verursacht ist, abzuhelfen bereit sein wird. Aber die Erfahrung lehrt andererseits auch, daß es bei einem Teil der Gemeinden an dem nötigen Verständnis für diese Fragen fehlt. Der Wunsch der Gemeindebeamten nach einer gesetzlichen Regelung ist daher durchaus gerechtfertigt. Die Regierung hat bereits im Entwurf einer neuen Gemeindeordnung, der zurzeit dem Landtag vorliegt, eine Reihe von Bestimmungen vorgesehen, die es einmal ermöglichen sollen, die Entschädigungen der in solchen Fällen nicht zu einem Entgegenkommen geneigten Gemeindeverwaltungen durch Entschädigungen von Schlichtungsausschüssen zu ersetzen, dann aber auch etwa zu weitgehenden Forderungen von Gemeindebeamten durch eine von der einzelnen Gemeinde unabhängige Instanz nachprüfen zu lassen. Da bei der Geschäftslage des Landtags die Verabschiedung der neuen Gemeindeordnung in der nächsten Zeit nicht erfolgen kann, hat die Regierung, in sachlicher Übereinstimmung mit einem von Mitgliedern aus allen Parteien des Landtags gestellten Antrag, eine vorläufige gesetzliche Regelung in Vorschlag gebracht, die eine angemessene Ordnung der Befolgungsverhältnisse unserer Gemeindebeamten in die Wege zu leiten geeignet ist. Im Haushaltsausfluß des Landtags ist dieser Gesetzentwurf in der Sitzung vom 27. Mai mit allen gegen eine Stimme unverändert angenommen worden. Nach der einmütigen Auffassung des Ausschusses enthält der Entwurf eine Beschränkung in den Rechten der Gemeinden, Gemeindeverbände und Kreise sowie eine Anfechtung von Pflichten über die derzeit bestehenden Gesetze hinaus, so daß zu einer Annahme durch den Landtag die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln bei Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder erforderlich ist. In den Tagen des allentwegen entbrannten Reichstagswahlkampfes war es leider nicht mehr möglich, die nötige Zahl von 81 Abgeordneten ganz zusammenzubringen; die Abstimmung in der ersten und die Vornahme der zweiten Beratung mußte daher bis zum Wiederzusammentritt des Landtags, der unmittelbar nach den Reichstagswahlen, am 9. Juni, erfolgen wird, verschoben werden. Bei der Bedeutung der Angelegenheit mag dem Berichterstatter des Ausschusses ein kurzer Überblick über die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs schon im gegenwärtigen Augenblick gestattet sein.

Die Gemeinden sollen verpflichtet sein, ihren Bürgermeistern und Beamten eine den zu stellenden dienstlichen Anforderungen, der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und den örtlichen Lebensbedingungen entsprechende angemessene Befolgung zu gewähren. Die Höhe dieser Befolgung soll, wenn eine Einigung zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Beamten nicht erfolgt, durch die zuständigen Schlichtungsausschüsse endgültig festgesetzt werden. Da der Begriff „Gemeindebeamter“ durch die gestellte Gesetzgebung nicht klar umschrieben ist, ist vorgegeben, daß im Zweifelsfalle die Staatsaufsichtsbehörde bestimmt, wer als Gemeindebeamter im Sinne dieses Gesetzes zu gelten hat. Wenn es zu einer Entscheidung des Schlichtungsausschusses kommt, so soll die Befolgung der Befolgung in formeller Beziehung an die Grundzüge des neuen Befolgungsgesetzes angepaßt werden. Danach hat die Befolgung zu bestehen einmal aus dem Grundgehalt, der von der Entlohnung der zu leistenden Arbeit nach Art und Menge ausgeht, sodann gegebenenfalls aus dem Urlaubszuschlag, der etwaige örtliche, den Lebensunterhalt verleitende Verhältnisse berücksichtigt, dem Kinderzuschlag und dem der allgemeinen Teuerung Rechnung tragenden Teuerungszuschlag.

Die Gemeinden sollen ferner verpflichtet sein, ihren sich im Ruhestand befindenden oder in diesen überleitenden Bürgermeistern und Beamten oder deren Hinterbliebenen im Falle der Bedürftigkeit angemessene Teuerungszulagen zu dem Wartegeld oder Ruhegehalt zu gewähren. Dabei umfaßt der Gesetzentwurf sowohl die Fälle, in denen das Ruhegehalt durch die Fürsorgegasse, als auch diejenigen, in denen es unmittelbar durch die Gemeinde gewährt wird.

Die Schlichtungsausschüsse sollen aus Vertretern der Gemeinden und der Gemeindebeamten

in gleicher Zahl und aus einem Vorsitzenden zu bestehen haben. Das Ministerium des Innern soll ermächtigt werden, die näheren Anordnungen zum Vollzug, insbesondere über die Dienstbezirke und die Zusammenetzung der Schlichtungsausschüsse, die Berufung des Vorsitzenden, die Befolgung eines Landesrichters als Vorsitzendes als Berufungsinstanz und das Verfahren vor den Schlichtungsausschüssen zu treffen. Das gegen die Einführung solcher Schlichtungsausschüsse, durch die ein völlig neues Element in unsere Gemeindeverwaltung käme, gewisse Be-

## Vor neuen Entscheidungen.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abgedruckt:

In den verschiedenen Reichsministerien werden wohl bereits die Köpfe gepackt. Man ist sich dort darüber klar geworden, daß sofort nach Zusammenstellung des Wahlergebnisses vom 6. Juni das Gesamtministerium dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt einreichen wird. Nun dürfte zwar, da die Klärung der politischen Lage und der Kombinationen doch nicht von einem Tage auf den anderen erfolgen kann, der Präsident die Herren Minister unter Annahme ihres Abschiedsgesuches bitten, zunächst die Geschäfte weiter zu führen. Aber sehr lange wird diese Frist auf keinen Fall dauern, weil die Fragen der inneren und vor allem der äußeren Politik auf eine schnelle Konstituierung der neuen Regierung drängen.

Ob die Konferenz in Spaa schon am 21. Juni zusammentreten wird, ist allerdings trotz der Meldung Reuters, wonach die Mitglieder auf diesem Datum bestehen, nach wie vor sehr zweifelhaft. Lloyd George ist durch die irischen und orientalischen Sorgen so in Anspruch genommen, daß für ihn ein neuer Grund, dem italienischen Wunsch auf Verschiebung zuzustimmen, vorliegt, selbst wenn man die Rücksicht auf die deutschen Wahlen nicht gelten lassen will. Auf jeden Fall müssen aber die Persönlichkeiten, die Deutschland bei der entscheidenden Besprechung in Belgien vertreten sollen, feststehen und durch den Reichstag wenigstens formell legitimiert sein. Ein kurzer Zusammentritt des Parlaments um die Mitte des Monats gilt also als wahrscheinlich. Dann aber sind die Fragen der Regelung der Reichsfinanzen so dringend, daß, wie wir hören, der Reichstag sich bereits vom 18. ds. Mts. an mit dem Etat beschäftigen wird und daß schon eine Woche später, also am 21. ds. Mts., der Hauptansatzpunkt des neuen Reichstags an die Arbeit gehen soll, um dem Reichsfinanz- und Reichsfinanzministerium die notwendigen Unterlagen zu geben.

Ueber neue Persönlichkeiten, die auf die Ministerbänke rücken können, wird in politischen Kreisen natürlich schon viel gesprochen. Da das Wahlergebnis aber trotz aller erlaubten Mutmaßungen noch durchaus unsicher ist, schweben natürlich auch diese Meinungen und Wünsche völlig in der Luft. Wir möchten heute nur die Hoffnung aussprechen, daß nicht die lautesten und empfindlichsten Parteiführer nun auch die ausschlaggebendsten Ministerkandidaten sein müssen, denn Regieren und Agitieren ist schließlich zweierlei und sehr verschiedene Befähigungen voraus. Auch wenn man an dem ungeschriebenen parlamentarischen Gesetz, wonach die Minister den Mehrheitsparteien entnommen werden müssen, strikte festhält, können doch wohl Männer ausfindig gemacht werden, die in erster Linie persönlich und fachlich und erst in zweiter Linie durch ihre Parteizugehörigkeit für bestimmte Posten geeignet erscheinen. Uebrigens dürften einige der jetzigen Regierungsmitglieder mindestens noch für eine weitere Uebergangszeit in die neue Regierung eintreten.

Die größten Sorgen und Zukunftsängste hat in diesen Tagen wohl die Mehrheitssozialdemokratie. Von der Entscheidung der Parteinstimmen, ob sie bei einer wesentlichen veränderten Koalition mitunter oder in die Opposition zurücktreten will, wird natürlich auch das Verhalten der vielen sozialdemokratischen höheren Regierungsfunktionäre abhängen müssen — für viele gewiß eine bittere Wahl.

## Die Umgestaltung der Wirtschaftsdinge.

Spaa und Deutschlands Lage.

(Eigener Drahtbericht.)

6. London, 2. Juni. Lloyd George hat die liberalen Führer empfangen und über die Konferenz in Spaa sich dahin ausgedrückt, daß Änderungen des Versailleser Vertrages nicht besprochen werden sollen; es solle aber der Lage Deutschlands, die sich seit 1919 vielfach wirtschaftlich verschlechtert habe, Rechnung getragen werden.

Regelung der Ausfuhr.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)  
C. Dresden, 2. Juni. Die sächsische Regierung hat sich einer Anfrage der bayerischen Regierung an die Reichsregierung angegeschlossen, die von dieser die Ausfuhrabgabe und ihre Anpaßung an unsere gegenwärtigen wirtschaftli-

chen Verhältnisse fordert. Morgen findet in Berlin eine Beratung bei der zuständigen Reichsstelle mit den interessierten Kreisen statt, an der als Vertreter der sächsischen Regierung Geh. Rat Lorenz teilnimmt.

## Milderung des Grenzverkehrs durch die Tschecho-Slowakei.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

C. Dresden, 2. Juni. Die tschecho-slowakische Regierung hat die Bedingungen für den Grenzverkehr seit gestern erheblich gemildert. Die militärischen Posten sind zurückgezogen. Auch die sächsische Regierung hat seit gestern den Grenzverkehr wesentlich erleichtert.

## Preissturz auch in Frankreich.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Bern, 2. Juni. Die französischen Blätter melden, daß auch in Frankreich ein Preissturz teils schon da ist, teils erwartet wird.

## Englische Hilfe für Rußland?

(Eigener Drahtbericht.)

A. Amsterdam, 2. Juni. Dem „Londoner Star“ zufolge erklärte Krassin bei seiner Unterredung mit Lloyd George, daß der Getreidebestand in Rußland nicht übermäßig hoch sei, daß Rußland aber eine große Menge Korn, Flachs, Häute und verschiedene andere Rohstoffe liefern könne. Lloyd George sprach Krassin gegenüber seine Bereitwilligkeit aus, Rußland aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszuhelfen.

## Die internationale Arbeiterkonferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

Genua, 2. Juni. (Wolff.) Bis jetzt liegen zur internationalen Arbeiterkonferenz in Genua die Anmeldungen von 24 europäischen u. außereuropäischen Staaten vor, und zwar von Australien, Belgien, Kanada, China, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Holland, Indien, Italien, Japan, Norwegen, Portugal, Serbien, Kroatien, Slowenien, Spanien, Schweden, Venezuela, Griechenland, Polen, Tschecho-Slowakei und der Schweiz.

## Merzte und Krankentassen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juni. (Wolff.) Die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und Krankentassen im Reichsarbeitsministerium haben in der Frage des Merzsystems zu einer Verständigung geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Forderung der freien Merzberatung bedeutet. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedsspruch des Unparteiischen gefällt werden. Dieser sieht bei Bezahlung der einzelnen Leistungen eine Verdoppelung der bisherigen Vergütung vor, die auch der Bemessung der Pauschalvergütung zugrunde gelegt werden soll. Ueber die Annahme des Schiedsspruches haben sich die Parteien bis zum 17. Juni 1920 zu äußern.

## Eine unbegründete Senfationsmeldung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juni. (Wolff.) Unter Hinweis auf eine heutige Veröffentlichung des „F.“ über die Ansetzung von reaktionären Putschgruppen bei Berlin wird amtlich festgestellt, daß alle Meldungen des Blattes in vollem Umfang unbegründet sind. Es befinden sich im ganzen Umkreis von Berlin keinerlei Truppen, die sich nicht befehlsgemäß dort aufhalten. Die um Berlin liegenden Truppen stehen geschlossen hinter ihren Führern. Prinz August Wilhelm, der mit den Putschisten in Verbindung gebracht wurde, befindet sich zurzeit übrigens nicht in Potsdam, sondern auf Reisen.

## Der polnische Kriegsbericht.

(Eigener Drahtbericht.)

Kopenhagen, 2. Juni. (Wolff.) Einem Telegramm aus Warschau zufolge wird von der polnischen Front gemeldet: Die Niederlage, die die Bolschewiken in Weiß-Rußland erlitten, brachte die Offensiv zum Stehen. In der Weresina hat der Feind eine sehr große Niederlage erlitten. Es bekräftigt sich, daß die Bolschewiken Friedensverhandlungen mit Lettland zum Abschluß nahmen, um an der lettischen Front südlich von Dinaburg einen vergeblichen Ueberwältigungsversuch zu machen, bei dem sie große Verluste erlitten.

bestellen, da bei ihnen offenbar Klagen über ein unfaires Verhalten gegenüber ihren Beamten nicht vorliegen. Was die übrigen Gemeinden anlangt, so besteht die Absicht, solche Ausschüsse in den Bezirken der Landeskommissare zu bilden. Die Vertreter der Gemeinden und der Gemeindebeamten sollen nach Möglichkeit im Wege des Verhältniswahlverfahrens bestimmt werden. Die Einrichtung eines Landesrichters als Vorsitzendes erscheint geboten, um eine Nachprüfung der in erster Instanz getroffenen Entscheidungen zu ermöglichen und eine gewisse Einseitigkeit in das Vorgehen der Schlichtungsausschüsse zu bringen.

Das Gesetz soll auf die Beamten der Sparkassen, weltlichen Stiftungen, Kreise und Bezirksverbände entsprechende Anwendung finden, um auch für diese Körperschaften eine Lösung der da und dort bestehenden Schwierigkeiten vorzubereiten. Es soll gleich dem Befolgungsgesetz, mit Rückwirkung vom 1. April 1920 in Kraft und spätestens, d. h. wenn nicht vorher die neue Gemeindeordnung in Vollzug gesetzt wird, am 31. Dezember 1921 außer Kraft treten. Möge das hohe Erscheinen des Gesetzes ausreichen, um die Gemeinden und Körperschaften, die es angeht, dazu zu veranlassen, ihre lokalen Verpflichtungen gegenüber ihren Bürgermeistern und ihren Beamten zu erfüllen! Dann wird das Gesetz ebenso sehr im Interesse des Staates wie im wohlverstandenen Interesse der Gemeinden und Körperschaften wirken.

## Schwarz-weiß-rot — Schwarz-rot-gold.

Von Dr. Herz.

„74 Demokraten haben Schwarz-weiß-rot verraten“ so lese ich in einem mit von Antifemismus nicht freien Karikaturen geschmückten, auch mir zugewandten Werbeschreiben der Deutschen Volkspartei für ihren Wahlkampf.

Nun stimmt das natürlich nicht. Nur ein kleiner Teil der Demokraten hat in Weimar für schwarz-rot-gold gestimmt. Erst nachdem der Antrag für schwarz-weiß-rot gefallen war, stimmte ein größerer Bruchteil für den Kompromißantrag; die Farben des neu einzuführenden Reichsbanners — die alte Verfassung kannte ein solches nicht — sind schwarz-rot-gold, die Handablage bleibt schwarz-weiß-rot mit einer schwarz-rot-goldenen „Gibbe“.

Soweit zur Steuer der Wahrheit. Haben die, die für schwarz-rot-gold gestimmt haben, Verrat begangen? Ist schwarz-rot-gold, wie ein Oberlehrer in einer volksparteilichen Wahlversammlung sagte, nur ein „schmutziger Lappen“? Als das deutsche Volk sich von der napoleonischen Fremdherrschaft befreit hatte, wählte sich die deutsche Bürgerschaft die Farben schwarz-rot-gold. Niemand weiß recht, woher der Dreifarb kommt. Aber seitdem sind die Menschenalter hindurch das Symbol des bürgerschaftlichen Gedankens geblieben, des Gedankens, daß über die Landmannschaftlichen Trennungen hinaus Freiheit und Einheit Deutschlands erkämpft werden müsse. „Gott, Ehre, Freiheit, Vaterland“; der Wahrspruch der deutschen Bürgerschaft ist in den Farben verkörpert. Ein jeder weiß, wie das in den Freiheitskriegen veroffenete Blut der Wölfe mißbraucht wurde, um die gebürtigen Throne zu küssen, daß das damals noch kerkende deutsche Volk gegen seinen Willen bei Frankreich blieb, um den Bourbonen ihre Rückkehr zu erleichtern, daß die vorbestehenden Verfassungen verjagt wurden. Schwarz-rot-gold wurde der Protest der Kämpfer für Freiheit und Einheit gegen gebrochene Königsurteile.

Bald mußte die Bürgerschaft singen:

Das Band ist geschnitten  
War schwarz, rot und gold  
Und Gott hat es gelitten  
Wer weiß, was er gewollt.

Der Schwarz-rot-gold trug, wurde verfolgt, mußte im Feindesgefangnis schmachten; an Deutschlands Einheit und Freiheit auch nur zu denken, war ein todeswürdiges Verbrechen. Aber die Farben haben nicht, sie behielten den alten Sinn.

Als in den Märztagen 1848 die Revolution siegte hatte, wurde Friedrich Wilhelm IV., der die Kaiserkrone abgelehnt hatte, weil sie ihm nicht von den Fürsten, sondern von der Nationalversammlung angeboten war und er sie als mit dem „Abergeruch der Revolution befaßt“ nicht aus dem „Rot der Strafe anfehlen“ wollte, gezwungen, bei seinem Ritt durch Berlin die Farben als Zeichen der deutschen Einheit zu tragen. Und dann kam nach fast 20 Jahren der Augenblick, in dem für kurze Zeit die Farben schwarz-rot-gold von Amts wegen als deutsche Farben anerkannt wurden; nach dem Bruberkrieg von 1866 erhielt das 8. Armeekorps das „Reichscontingent“ schwarz-rot-goldene Armeezeichen.

Bismarcks Werk brachte die kleindeutsche Lösung, ein Deutsches Reich ohne unsere deutschen Brüder in Oesterreich, die Reichseinheit im Gegenfug zur dabsbürglichen Doppelmonarchie. Bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein schien vielen von uns jedoch schwarz-rot-gold als Symbol der großdeutschen Hoffnungen, die Farben blieben uns so das selbstverständliche Zeichen unserer Träume, daß die alten Herren einer Berliner Bürgerschaft ihr Banner einfinden wollten, als in ihm das

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Gold in Silber geändert wurde. Daß die Farben noch lebendig in vieler Herzen lebten, zeigte sich darin, daß im November 1918 die zurückkehrenden Truppen, soweit sie nicht Sozialisten waren, sich mit schwarz-rot-goldenen Abzeichen schmückten. Viele, die diese Farben heute schmählich, atmeten sogar befreit auf, als sie sie zuerst in der Blut der roten Fahnen aufstauen sahen. Damals hieß es in der deutschen Nationalen „Post“:

„Es wird ein Farbenspiel wieder zur Geltung und zur Ehre gebracht, der in den Zeiten der nationalen Erhebung Deutschlands eine wichtige Rolle gespielt hat.“

Und sogar die „Deutsche Zeitung“ schrieb am 16. Juni 1918: „Helfen kann uns nur die befreiende schwarz-rot-goldene Tat zur Einheit, Ordnung und Freiheit“ und weiter: „Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengefaßt werden soll, unferneigen auch im Zeichen der Demokratie, dann können man sich wieder auf die Zeichen schwarz-rot-gold. Sie sind die Kennzeichen des deutschen Idealismus, sie sind das Sinnbild großer Gedanken, denen damals allerdings die großen Taten fehlten... Die Einheit des deutschen Volkes ist in diesen Farben verknüpfelt.“

Abgesehen von dieser historischen Bedeutung war es die Hoffnung, das deutsche Vaterland mit uns zu vereinen, die die Begeisterung für schwarz-rot-gold, die im Süden überhaupt noch lebte und nur in Norddeutschland verglommen war, neu entfachte. Nachdem diese Hoffnung zerfallen war, scheint es auch uns, um deren Jugendenergie das schwarz-rot-gold sich rannt, klüger, wenn man bei dem schwarz-weiß-rot geblieben wäre, schon um unserer Landsleute willen, die Gewalt von uns getrennt hat.

Sind aber diejenigen, die jetzt mit Schmähungen gegen die Andersdenkenden für schwarz-weiß-rot, alle innen wirklich schwarz-weiß-rot, sind nicht viele im Inneren nur schwarz-weiß? Es taucht die Erinnerung an die Zeiten von 1871 auf. Kaiser Friedrich erzählt in seinem Tagebuch, daß die schuppreichsten Leute damals in Versailles ostentativ schwarz-weiße Abzeichen trugen.

Nunmehr ist durch die Agitation der Rechten und den Kapz-Putsch die Fahne, unter der alle Deutschen mehr denn vier Jahre gekämpft und geblüht haben, zum Zeichen der Reaktion entwürdigt worden; schwarz-weiß-rot ist Parteifarbe geworden, genau so wie das Rot der Sozialisten. Schwarz-weiß-rot ist entweiht wie vor 20 Jahren unser schönes Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ entweiht wurde, als es zum antisemitischen Kampflied gestempelt worden war.

Eine große gemeinschaftliche Idee hat es von dem Mißbrauch wieder einführt. Möge recht bald die Zeit kommen, in der alle Parteien, die zu einem Nationalstaat sich bekennen, das Reichsbanner heilig halten.

Die deutsche Republik.

Bayerischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Landtags kam die Beamtenbesoldung zur Annahme. Entsprechend dem Regierungsentwurf nahm das Haus zu dem Gesetz über die Vereinigung Koburgs mit Bayern einen Zusatz an, der dem Freistaat Koburg einräumt, an Stelle der abzuordnenden Mitglieder 3 Abgeordnete durch unmittelbare Wahl in den Bayerischen Landtag zu entsenden.

Die Bankbeamten für Generalfreie.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 2. Juni. Die Bankbeamten haben sich grundsätzlich für einen General-

streik erklärt. Von der Regierung aus ist noch einmal ein Vermittlungsversuch gemacht worden.

Schwerindustrie und Zeitungskäufe.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 2. Juni. Bei dem Verkauf der „Münchener Neuesten Nachrichten“ soll, wie aus München gemeldet wird, die Firma Krupp in erster Linie beteiligt sein.

Sachsens Protest gegen die schwarze Kulturschande. (Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

6. Dresden, 2. Juni. Ministerpräsident Bueck protestierte im Namen des sächsischen Volkes und der sächsischen Regierung bei der Reichsregierung gegen die schwarze Schmach und erbat Auskunft über die gegen sie unternommenen Schritte.

Stadtpfarrer D. Hesselbacher in Karlsruhe.

(Eigener Bericht.)

Als seinerzeit Stadtpfarrer D. Hesselbacher von der Südstadt nach Baden-Baden versetzt wurde, war die Trauer ob seines Weggangs von Karlsruhe in allen Bevölkerungsschichten sehr groß; besonders bedauerte der Karlsruher Ortsverein der Deutschen Demokratischen Partei sein Scheiden. D. Hesselbacher versprach damals, Karlsruhe nicht zu vergessen, sondern bald wieder hier zu erscheinen. Dieses Versprechen löste er gestern abend ein. Die Abteilung Weststadt des Demokratischen Vereins hatte ihn für einen Vortrag gewonnen. Der geräumige Saal des Evangelischen Gemeindehauses in der Blücherstraße war sehr gut gefüllt, namentlich hatten sich sehr viele Schülerinnen eingefunden. In seiner rhetorisch und dialektisch vorzüglichen Rede widerlegte er die Märchen: die Revolution sei Schuld daran, daß wir den Krieg verloren haben, und die Front sei von hinten her erbrochen worden. Den Krieg haben wir verloren, weil die Uebermacht zu groß war. Die Entente hätte uns keine besseren Friedensbedingungen gemacht, wenn wir die Revolution nicht bekommen hätten. Die Demokraten haben die Revolution nicht gewollt; sie hatten erreicht, was sie wollten, ein parlamentarisches Regime. Die Demokraten haben nicht gesagt, die republikanische Staatsform sei die einzig wünschenswerte, sondern die Demokratie hat immer die Monarchie mit einem parlamentarischen Regime für durchaus wünschenswerter gehalten und hätte auch nichts dagegen gehabt, wenn der Monarch dabei größeren Einfluß gehabt hätte als etwa der Schattenkönig von England. Die Deutschnationalen werfen der Demokratischen Partei ihre Beteiligung an der Regierung vor. Hätten wir uns in der Schmolminzel gestellt, so hätten wir eine rein sozialistische Regierung bekommen und wären vielleicht zu dem Zustande gekommen, in dem sich heute Sowjet-Rußland befindet. Dann hätten sie alle nicht da, denn mit dem Bürgertum machen sie in Rußland wenig Federlesens. Nicht die Demokratie, sondern der Konfessionswahn hat das Kaiserium von rückwärts erbrochen (Vehementer Feind), und zwar deshalb schon, als er die Abschaffung des preussischen Dreiklassenwahlrechts hintertrieb, die Kaiser Wilhelm II. in seiner Osterbotschaft versprochen hatte. Nicht die Demokratie, sondern das Junkertum, das seine Scholle nicht für Kriegerheimstätten hergeben wollte, hat dem Heer den Rest gegeben. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Mit treffenden scharfen Worten geißelte er die Verärgerungspolitik des deutschen Speisbürgers, der in Friedenszeiten eines ihm zu hohen Steuerzettes wegen sozialdemokratisch und heute des schlechten Brotes wegen deutschnational-

nal wähle. Ohne innerliche Umwandlung des deutschen Volkes gibt es kein neues Deutschland. Diese innerliche Umwandlung muß den einzelnen Menschen zum Bewußtsein seiner sittlichen Würde und seiner sittlichen Verantwortlichkeit bringen. Es wird erst dann wieder besser bestellt sein um uns, wenn der Einzelne sich sagt: Ein Schieber zu sein ist Schmutz und in Schmutz stecke ich meine Finger nicht, weil ich mir dazu zu gut bin, weil ich dazu eine viel zu große Hochachtung vor meiner Persönlichkeit habe. Es wird erst wieder besser bestellt sein um uns, wenn jeder sich sagt: Ein Schieber zu sein, ist ein Vaterlandsverräter, ist unstaatlisch gedacht, ist individuellistisch gedacht, ist staatsbürgerlich; ich will ein Staatsbürger sein und für die Gesamtheit leben und für die Gesamtheit da sein und deshalb muß meine Moral eine tadellose Moral sein. Das ist Demokratie. Demokratie heißt: erwachen zu der sittlichen Würde und erwachen zu der sittlichen Verantwortlichkeit. Wer da nicht mitmacht, ist kein Demokrat, mag er auch noch so vielen demokratischen Vereinen angehören. Ist nun das deutsche Volk reif genug, dieses demokratische Ideal zu seinem Ideal zu machen? Sind Sie der Meinung, daß unser demokratisches Bürgerideal, unser demokratisches Staatsideal uns wieder gesund macht, uns innerlich neu zu schaffen, dann gehen Sie zu uns. Wir müssen national sein und wieder zu einer wahrhaft nationalen Würde emporsteigen. Uns bleibt nur übrig, zu imponieren durch die Größe, in der wir am Leide stehen. Wir müssen nicht nur national sein, wir müssen auch sozial sein. Wir müssen dafür sorgen, daß der Arbeiter wieder mit Freunden an die Arbeit gehen kann. Vergessen Sie nicht, daß der deutsche Arbeiter der eigentliche Märtyrer des Krieges war, denn der deutsche Arbeiter hat am meisten gelitten unter der Entbehrung. Wir können unser deutsches Volk nur dadurch in die Höhe bringen, daß wir unseren deutschen Arbeitern wieder Lebensverhältnisse ermöglichen, die sie des Lebens wieder froh werden lassen. Darum habe ich die Aeußerung, die Arbeiter haben keinen Lohn und verpuffen sie, ebenso die Aeußerung, die Erwerbslosenfürsorge sei eine Faulenzersorgung. Die deutschen Arbeiter sind nicht die 17jährigen Büchsen, die Ihr Vergnügen erregen, wenn Sie sie zigarettenrauchend spazieren gehen sehen. Der Sparfassenredner der Städtität hat mir erzählt, daß noch in seinem Jahre so viele Sparkasseneinlagen anlässlich der Konfirmation gemacht worden sind wie im Jahre 1919. Der deutsche Arbeiter leidet noch unter den geringen Lohnverhältnissen der Vorkriegszeit und empfindet deshalb die gegenwärtige Erwerbslosigkeit um so stärker. Auch die, die Erwerbslosenfürsorge beziehen, sind nicht alle Faulenzler. Ich kenne manchen von ihnen, der sehr gerne arbeiten würde, wenn er nur könnte. Sie dürfen nicht vergessen, daß das Heer der Arbeitslosen in den kommenden Zeiten noch bedeutend größer werden wird, als es jetzt schon ist. Der Redner schloß mit dem Mahnruf, am 6. Juni zur Wahl zu gehen und den Stimmzettel der Deutschen Demokratischen Partei abzugeben.

Verammlungsleiter D. D. dankte dem Redner für seine ausgezeichneten Ausführungen und schloß nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten die Versammlung.

Letzte Nachrichten.

Unseren Helden von Stageraff.

(Eigener Drahtbericht.)

Stagen, 2. Juni. (Wolff.) Anlässlich des Jahrestag der Schlacht bei Stageraff fand heute bei den Kriegsgräbern auf dem Stageraff Friedhof eine stimmungsvolle Feier statt, zu der 400 Mann der deutschen Minensuchersotille

erschienen waren. Ein deutscher Offizier und ein Matrose gedachten der Gefallenen, worauf von den Kriegern Kränze niedergelegt wurden. Die Feierlichkeit schloß mit Predigt und Gebet leitens der dänischen Geistlichen in Stagen.

General Soos unterzeichnet nicht.

Budapest, 2. Juni. (Ang. Kor. Büro.) Kriegsminister General Soos hat den Auftrag, den Frieden zu unterzeichnen, niedergelegt. Der Ministerrat entsendet nun Dr. August Bonard, den Volkswohlfabrizminister, und den Gefandten Alfred Drasche-Cazar zur Unterzeichnung.

Die französischen Nachtgeleüste.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Rom, 2. Juni. Ein Geheimbefehl Mussis an die Präfekten ordnet die schärfste Unterdrückung aller nationalistischen Bewegungen an, die von einer fremden Macht bezahlt seien. Das läßt erkennen, daß Frankreich wieder durch Befragung in Italien für sich Parteigänger wirbt.

Uebereinkommen zwischen Ungarn und Rußland in der Kriegsgefangenenfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

Budapest, 2. Juni. (Wolff.) Der Minister des Aeußern hat in der Nationalversammlung mitgeteilt, daß zwischen Ungarn und Rußland ein Uebereinkommen in der Kriegsgefangenenfrage zustande gekommen ist.

Eine päpstliche Enzyklika.

Rom, 2. Juni. (Aenzia Stefani.) Der Papst richtete an das Episkopat der ganzen Welt eine Enzyklika über die christliche Versöhnung und den Frieden, in der er alle Kinder der Kirche und alle Menschen der Welt auffordert, ihren alten Groll zu vergessen und an dessen Stelle gegenseitige Liebe und Eintracht setzen zu lassen. Die Enzyklika setzt die Gefahr auseinander, die sich für die Welt aus einem latenten Zustand von Feindschaft ergibt. Keine bedürfte die Menschheit mehr denn die Ausdehnung der Grenzen aufrichtiger Menschlichkeit, denn die vom Kriege hinterlassenen Ruinen seien ungeneuer. Zur Seilung aller Völker bedürfte es der Hand Jesu und diese Aufgabe verlange die Kirche für sich. Der Papst bekennt die Notwendigkeit, die Gläubigen dringend zu ermahnen, den Haß zu vergessen, und er fordert insbesondere die katholische Presse auf, sich jeder Unmäßigkeit und Bitterkeit zu enthalten. Da die gegenseitigen Besuche von Staatsoberhäuptern zur Witterverbesserung beitragen, wäre der Papst nicht abgeneigt, in dieser oder jener Form die von seinen Vorgängern aufgestellten Bedingungen zu mildern, die erlassen wurden, um die Reise katholischer Fürsten nach Rom in offizieller Form zu verbinden, aber diese Galtung dürfe nicht als stillschweigender Verzicht auf die heiligen Rechte, noch als Zeichen dafür angesehen werden, daß der hl. Stuhl mit dem anormalen Zustande zufrieden sei, in dem er sich befinde. Der Papst erneuert im Gegenteil die von seinen Vorgängern erhobenen Einwände. Er schließt, indem er die Schaffung eines Völkerverbundes empfiehlt, der auf christlichen Gegeben aufgebaut ist. Die Kirche werde sicherlich nicht ihre Mitwirkung diesem Bunde verweigern, da sie den Zweck des vollkommenen Weltbundes darstelle. Die Enzyklika ist vom 28. Mai datiert. Sie schließt mit einem Aufruf an alle Menschen und alle Völker der Erde, im Gedanken und im Herzen der katholischen Kirche zuzukommen.

Der Veteran.

Ein Zukunftsbild von Walter Wolff.

(Nachdruck verboten.)

Gr. — Man schrieb das Jahr 1900. Es war ein Winterabend, und die Gaststube „Zum erzgebirgischen Posthorn“ in Kleinlangendorf bei Großenhain war voll von Leuten, Tabakqualm und Bierdunst. Es gab nur einen Gesprächsstoff — drüben am Tisch des Bürgermeisters, an dem Farrer und Lehrer und drei oder vier Dorfschützen Platz genommen hatten, an den Mittelstischen der Bauern und Knechte und am Schenktisch, wo die Fuhrleute im Stehen ihren Grog genehmigten:

Der alte Zischpoppelheinrich war tot! Um die ganze Größe dieses Verlustes zu ermessen, muß man wissen, daß der Zischpoppelheinrich der Einzige von allen Kleinlangendorfern und Umwohnern war, der den großen, schon fast zur Sage gewordenen Krieg noch miterlebt hatte.

Die Erinnerungen wurden wach... Es war immer ein ergreifendes Schauspiel gewesen, wenn jeweils am Totensonntag der Zischpoppelheinrich, mit dem langen schwarzen Rod angehan, den hohen Hut auf dem Kopfe und die Brust voller Orden, aufrecht erst und später von Jahr zu Jahr gebiegender unter des Alters Last dahergehritten kam zwischen den Gräberreihen und vor dem schon halb verfallenen, von Grün überwucherten Denkstein Halt machte, den die Gemeinde einst, den Gefallenen zur Ehre, den Nachkommen zum Gedächtnis hatte setzen lassen. Mochte das junge Weidloch auch sonst über die kindliche Sucht der Großväter lachen, sich mit bunten Bändern und klappernden Münzen mehr zu dünkeln als andere — den Tag hatten sie doch Achtung vor des Alten Eigenart.

Und wenn der Zischpoppelheinrich im Wirtshaus — eben hier in diesem „Erzgebirgischen Posthorn“, drüben am Donatorientisch, wo er seinen Ehrenplatz hatte, der heute zum ersten Male leer war — von den Schlachten in Frankreich und Flandern erzählte und alle die Druckschichten nannte, die er hatte führen helfen — er immer vornehm! — und deren vertrackte Namen kein Mensch in ganz Kleinlangendorf behalten konnte — wenn er die Fritzegebendorfer behaltend konnte — wenn er die Fritzegebendorfer und die Gasgranaten und die Minen schilderte und die Flammengewerke und die Tanks und wie

das graufame Rüstzeug jener barbarischen Großväterzeit alles hieß — dann wurde den Zuhörern ganz bänglich-gruselig zu Mute.

Und sie bildeten mit andächtigen Stämmen zu, wie der Zischpoppelheinrich aus Bierfeldeln und Unterföhen und Streichholzbehältern und Aschenhalben die Forts und Festungen und Gräben baute und mit dem Finger die Bierlachen auf dem Tisch zu Schützengräben anseinerzog und mit Zündhölzern Brücken über Marne und Yper und Schelde und Maas schlug. Und wenn er dann den silberbronzierten Eisenguß-Hörnerträger mit dem Schild „Stammisch — referiert“ ergriß und tragend mitten in das Streichholzschachtel-Fort „Woh“ bei Werdahn hineinhieb — dann sah man es ebenso sprunghaft-gewaltig den königlich-sächsischen Unteroffizier Heinrich Zischpoppel, Ritter beider Eisernen Kreuze, der Friedrich-August-Medaille und anderer hoher Orden, als Erster die Mauer der weißblütenden Totenkriegsgeißel von Turko entrichten und dann, die Brust von sieben Maschinengewehrflügeln durchbohrt, selbst zusammensinken. — Daß er mit dem Leben davongekommen war, dankte er ja überhaupt bloß der öfterreichischen Erzherzogin, die ihm damals so liebevoll gepflegt hatte — und wenn er schmunzelnd hinzusetzte: „Ich war ja auch trockelndem ein strammer Kerl dazumal“, dann grinsen sie alle bis zu den Ohren und ahnten, was er taftvoll verschwieg. —

Und nun war er tot. Der Totengraber aber, der den Leichnam wusch und zur letzten Ruhe untkleidete, suchte vergeblich nach den sieben Wunden auf der Brust. Bloß auf der Rückseite, ganz unten, da, wo der Rücken seinen anständigen Namen verlor, fand er eine Narbe. Die war so zackig, als habe etwa ein Stachelnanz beim häßlichen Ueberklettern tief und gründlich ein Andenken hinterlassen. . .

Der Totengraber lächelte. Nicht höhnisch, wie die lieben Mitmenschen zu lächeln pflegten, wenn sie jemandes schwachen Punkt entbeden, sondern weise, wie alle Philosophen, die den alten Spruch Sokratis kennen von der Eitelkeit der Eitelkeiten. Und schweig. Er zog dem Toten den schwarzen Rod an, steckte ihm die Kreuze und Bänder und Orden und Denkmünzen auf die Brust und legte ihm den verrosteten Kavalleriefüßel, der schräg an der Wand zwischen dem jungen Zischpoppelheinrich in Feldgrau

und Sturmhelm und dem Ehrenbürgerbrief des alten Zischpoppelheinrich hing, mit in den Sarg. Er schwieg, als der Farrer „dem letzten Helden des Großen Krieges“ die Abschiedsrede hielt und die Schulden über „Ich hatt“ einen Kameraden“ sangen, ein altes Lied, das sonst kein Mensch mehr kannte und das der Lehrer irgendwo zwischen des Zischpoppelheinrich Papieren gefunden und den Kindern in aller Eile eingebläut hatte. Der Totengraber schwieg auch nachher und allezeit. Bloß ein Lächeln umspielte seine alten Lippen. Kein hochstehendes, wie die lieben Mitmenschen zu lächeln pflegen, wenn sie jemandes schwachen Punkt entbeden, sondern das weise Lächeln des alles verstehenden, alles erkennenden Philosophen, der er war.

Theater und Musik.

Konzerte.

Herr Kammerjänger Hermann Jadowler hat den weiten Weg nach Karlsruhe jetzt nicht mehr gefunden. Dafür will er uns im Herbst ein „Verführungsconcert“ geben. Nun, dessen bedarf es nicht. Wir können existieren, auch ohne mit Herrn Jadowler verführt zu sein. . .

Damit dieses mit so großem Tamtam und der immer wiederkehrenden „erhöhten“ Mitteilung, daß Herr Jadowler sofort nach Beendigung des Kriegszustandes mit Amerika in das Land der riesenhaften Gagen reisen und somit Deutschland um ihn ärmer würde — damit also dieses sogenannte Montefreuzer nicht ganz im Nichts sich auflöse, wurde Heinrich Henjel, der nicht minder berühmte Sänger, verpflichtet. Gemeinjam mit Elise Gentrner-Fischer vom Frankfurter Opernhaus gab er einen Wagner-Abend.

Ueber den Wert, besser: den Unwert derartiger Wagner-Konzerte mit Klavierbegleitung ist so viel schon geschrieben worden, daß jedes weitere Wort sich erübrigt. Von diesem prinzipiellen Einwand abgesehen, kann gesagt werden, daß das Konzert nicht genügende Genüsse befeuerte. Heinrich Henjel, anfangs etwas zurückhaltend, entfaltet besonders in Siegfrieds Schwertlied den Glanz seiner männlich-schönen Stimme. Fünf Vieder aus Wagners Frühzeit, keine besonderen Züge aufweisende Kompositionen, gingen, trotz ausgezeichnete Wiedergabe, ziemlich eindrucklos vorüber. Dagegen löste

Wagners „Schmerzen“, von Henjel als Zugabe ergreifend gelungen, tiefe Wirkung aus.

Vollblutkünstlerin ist Elise Gentrner-Fischer. Inzwischen sang sie die Hellen-Ärie der Elisabeth aus „Tannhäuser“, mit hinreißender dramatischer Wucht und Größe die Ballade der Senta aus dem „Holländer“. Die Künstlerin besitzt eine selten schöne, kraftvolle Stimme, deren strahlende Höhe fastjiniert. Jeder Ton, jede Phrase verriet die reife, aus dem Vollen schöpfende, von glühvoller Leidenschaft durchpultete Künstlerin. Man fand bei ihren Vorträgen im Mann eines außerordentlichen Erlebnisses. Sieglindes und Siegmunds Zwieselsang aus der „Walküre“ beschloß den Abend, an dem Dr. Hans Rohr sich wiederum als Meister der Begleitung erwies. Sein farbiges, rauchendes Spiel ließ für Augenblicke vergessen, daß Wagner diese Begleitungen nicht für Klavier, sondern für Orchester geschrieben hat.

Zum Besten heimattreuer Oberschlesier hatte sich eine Reihe namhafter Karlsruher Künstler am Dienstagabend in der Eintracht zu einem Konzert vereinigt, das den zahlreichen Hörern reiche Genüsse befeuerte. Der Karlsruher Viederkranz sang unter der Leitung seines Dirigenten Heinrich Cassimir mit prachtvollem Stimmklang und gutem Vortrag einige Odyen. An Stelle des verhinberten Felix Baumbach sprach Hans Blum einen von Baumbach verfassten, gehaltenen, dichtersich warm empfundenen Vortruch. Hier sowohl wie nachher in den ersten und weiteren Vorträgen erwies Hans Blum sich als ausgezeichnete Sprecher. Opernsängerin Elisabeth Friedrich entzückte durch den anmutigen Vortrag der Arien des Cherubin aus „Figaros Hochzeit“ und einiger der von Hermann Göbber vertonten schlichten, empfindungsreichen Volkslieder. Mit zum Besten des Abends gehörten die von Hermann Edt mit warmer Stimme und padendem Ausdruck gelungenen Schubertlieder. Daß Josef Veischer mit seinen hervorragenden gespielten Violinoli begeisterten Beifall errang, ist natürlich. Dieser wurde auch Anton Schimelz zu teil, der in der Fantasie in G-Dur für Harfe von Franz Lisvarts seine frapierende Technik und sein geschmackvolles Spiel zeigen konnte. Auch als Begleiter der Volkslieder und des von Veischer mit singendem Ton gehaltenen Nocturno von Chopin wußte Schimelz zu fesseln. Die Begleitungen am Klavier führte Heinrich Cassimir mit großem Verständnis aus. G. Bd.

Die israelitische Synode

konnte die neue Wahlordnung für eine außerordentliche Synode erst in der Mittwochnachts-Synode verabschiedet werden. Verhinderter war Dr. Pälzer-Weinheim (zion), der in seinen Ausführungen die verschiedenen einschneidenden Änderungen betonte, die die neue Wahlordnung gegenüber dem früheren Wahlrecht aufweist. Neu wird eingeführt das Stimmrecht der Frauen, das aktive Wahlrecht der Jugendlichen vom 21. Lebensjahr und das passive Wahlrecht vom 25. Lebensjahr an. Die Wahlordnung verlangte, daß mit möglicher Beschleunigung eine außerordentliche Synode gewählt wird, die besonders folgende Aufgaben hat: 1. der Landesynagoge eine neue Verfassung zu geben, 2. den Derrats und eventl. weitere Organe zu bestellen. Die Synode wird sich in der Folge zusammensetzen aus 21 weltlichen Abgeordneten und statt aus 5 aus 3 Rabbinern und 2 Lehrern als Ständesvertretung.

Von einer Debatte über die Vorlage wurde abgesehen. Oberregierungsrat Dr. Mayer erklärte namens des Derrats des Israeliten seine Zustimmung zu der Wahlordnung. Angesichts der Wahlerweiterung hätte allerdings der Derrats auch eine Vermehrung der Sitze für wünschenswert gehalten. Mit allen gegen die Stimme des Mitglieds W. erapfel-Untergrumbach (lib.) wurde die Wahlordnung angenommen.

Ueber den Voranschlag für 1 1/2 Jahre bis zum 1. April 1921 berichtete Synodalmittglied Carl-g-Mannheim (lib.), der auf die Veränderungen hinwies, die der Ausschuss an der Vorlage vorgenommen hatte. Nach seinen Ausführungen bleibt eine neuerlich zu definierende Unzulänglichkeit von 787 000 M., wofür ein Steuerfuß 1. von 20 Pfg. von 100 M. der Vermögenssteueranschläge und 2. von 14.0 Pfg. von 1 M. der Einkommensteuern vorgeschlagen wird. Weiter wird vorgeschlagen, das Verordnungsblatt zu einem Gemeindeblatt auszubauen.

An die Berichterstatterung über den Voranschlag knüpfte sich eine kurze Debatte, worauf die Annahme des Voranschlags erfolgte. Weiterhin wurde angenommen ein von mehreren Synodalmittgliedern gestellter Antrag, beim Reichsfinanzminister dahin vorstellig zu werden, daß dem Landesfinanzamt und den örtlichen Steuerämtern die Verwaltung der kirchlichen Steuer (Veranlagung, Einzug) übertragen werde.

Namens des Derrats stellte Goldschmidt-Mannheim den Antrag, zur Befriedigung der laufenden Forderungen eine schwebende Schuld von 500 000 M. aufzunehmen. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

In der Schlußsitzung, die am Mittwoch nachmittag stattfand, berichtete Hauptlehrer Müller-Heidelberg (lib.) über die neue Verordnungsordnung für die Religionslehrer und Kantoren. Der Ausschuss hat die vorgeschlagenen Sätze noch erhöht und beantragte, daß für die nächste Synode eine Vorlage vorbereitet ist, in der die Bezüge für die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen neu geregelt werden.

Nach längerer Aussprache wurde die Verordnungsordnung nach dem vom Ausschuss vorgeschlagenen Entwurf angenommen; ebenso wurden die in dem gleichzeitigen genehmigten laufenden Voranschlag bereits enthaltenen 571 000 M. für Gehälter der Religionslehrer und Kantoren genehmigt.

Sodann dankte Präsident Dr. A. Stein dem durch die neue Verfassung auscheidenden Ministerialkommissar Dr. Schwärzler für seine anerkanntenswerte Mitarbeit, indem er in herzlichen Worten nochmals darauf hinwies, wie sehr diese Einrichtungen, die Kirche und Staat verbinden, eine Stütze der badischen Judenheit gewesen war. Synodalmittglied Kassewitsch-Freiburg (kons.) dankte dem wegen Übertragung auscheidenden Geh. Oberregierungsrat Mayer, der seit vier Jahrzehnten dem Derrats Ziel und Richtung gegeben habe.

Geh. Rat Mayer dankte für die ihm auszusprechenden Worte und schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, das Judentum möge immer mehr der Förderung einer Verständigung unter den Völkern dienen.

Hierauf fand die Wahl des Derrats statt. Als Mitglieder der Religionskonferenz wurden gewählt: die Rabbiner Dr. Löwenstein-Wosbach, Dr. Siemels-Freiburg und Dr. Mayer-Bühl.

Als weltliche Mitglieder des Derrats wurden gewählt: 1. Dipl.-Ing. Max Ettlinger-Karlsruhe (lib.), 2. Max Goldschmidt-Mannheim (lib.), 3. Rechtsanwalt Dr. Theodor Kaufmann-Heidelberg (lib.), 4. Universitätsprofessor Dr. Hermann Loewy-Freiburg (kons.), 5. Rechtsanwalt Hugo Marx-Karlsruhe (kons.), 6. Arzt Dr. Julius Moses-Mannheim (zion), 7. Rechtsanwalt Dr. Moritz Pälzer-Weinheim (zion), 8. Rechtsanwalt Dr. Moritz Strauß-Karlsruhe (lib.).

Derrats Kaufmann-Heidelberg spricht dem zurücktretenden Ministerialdirektor Schwärzler und Geh. Rat Mayer nochmals tiefgefühlenden Dank aus, indem er erklärt, daß sich der Derrats auch in Zukunft bemühen werde, die Eingetragten zu erhalten. (Beifall.)

Nach der Wahl des Synodalausschusses und des Verfassungsausschusses wurde dem Präsidenten für seine Geschäftsführung Dank ausgesprochen. Dann schloß Ministerialdirektor Schwärzler die Synode, indem er für die ihm gewordenen anerkanntenswerten Worte dankte, wobei er der großen Verdienste des heute ebenfalls auscheidenden Geh. Rats Mayer in ehrender Weise gedachte.

Zur Erhöhung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge.

Nachdem es bis jetzt trotz aller Bemühungen nicht gelungen war, die Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge der Beamten auf die den Verordnungsverhältnissen entsprechende Höhe zu bringen, haben sich die in Karlsruhe wohnenden zurückgesetzten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten zur Befriedigung ihrer Notlage Dienstag nachmittag 4 Uhr im großen Saale der Restauration Pöcher in Karlsruhe zusammenschlossen und die Maßnahmen zur Änderung der Notlage eingehend besprochen. Die letzte in Baden vorgenommene Regelung zu Anfang dieses Jahres hat zwar die Ungleichheit in der Befriedigung der Ruhegehälter der vor und nach dem 1. Januar 1919 in den Ruhestand getretenen Beamten oder Versorgungsbediensteten gewordenen Hinterbliebenen beseitigt, aber doch die Notlage der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen, die unter den gleichen Verordnungsverhältnissen zu leiden haben wie die aktiven Beamten, durchaus ungenügend berücksichtigt; während die aktiven Beamten eine Erhöhung ihrer Ruhegehaltszulage um 3000 M. erfahren und seit Anfang des Jahres somit im ganzen 6800 M. beziehen, wurde die Gesamtentlohnung für die Ruhegehaltsempfänger auf 3600 M. unter Wegfall ihrer früheren Bezüge festgesetzt. Die Verbesserung betrug somit für die Ruhegehaltsempfänger nur ein Drittel der den aktiven Beamten bewilligten Verbesserung. Auch die Regelung der Hinterbliebenen war ungenügend ausgefallen. Die Hoffnung der Beteiligten auf endliche Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche wurde auf die vom Reich in Aussicht genommene Neuordnung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge gesetzt. Soweit bis jetzt verhandelt, bringt aber auch diese Regelung eine große Enttäuschung, denn es soll beschloffen sein, den Altersrenten, also den vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getretenen Beamten nur die Hälfte des Unterschieds als Verbesserung ihrer Bezüge zu gewähren, der sich zwischen dem nach der Reichsbedienstetenordnung sich ergebenden Betrag und dem bisherigen Ruhegehalt ergibt, und diese Erhöhung soll nur auf Ansuchen und bei vorhandener Bedürftigkeit bewilligt werden. Der preussische Entwurf weicht von der beschlossenen Reichsregelung darin ab, daß die im Jahr 1. April 1919/20 in den Ruhestand getretenen Beamten den vollen nach der Reichsbedienstetenordnung sich ergebenden Ruhegehalt erhalten sollen.

Zur wirksameren Vertretung der Interessen der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen wurde die Gründung eines Ortsvereins, wie solche schon in Mannheim, Heidelberg und Freiburg bestehen, als unerlässlich angesehen und auch einstimmig genehmigt. Diese Ortsvereine, die dem Landesverein der zurückgesetzten Beamten und Hinterbliebenen unterstellt sind, sind dem Badischen Beamtenbund angeschlossen. Auch der Entwurf der Satzungen fand einstimmige Genehmigung. Da sehr viele Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen in dem überfüllten Saale keinen Platz mehr finden konnten, wußten sie ihre Anwesenheit zu dem neu gegründeten Verein dem Badischen Beamtenbund anzugeben. Auch die von dem Zentralverband der pensionierten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in Gemeinschaft mit dem Deutschen Beamtenbund unternommenen Schritte wurden besprochen. Der Zentralverband hat u. a. sämtliche Reichstagsfraktionen zur schriftlichen Beantwortung die Fragen vorgelegt, ob sie bereit sind, die Wünsche bezüglich der Befriedigung der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenenbezüge reiflich zu vertreten. Von dem Ausfall dieser Antworten wird der Zentralverband seine weiteren Schritte abhängig machen. Dem neu gegründeten Verein sind sämtliche Anwesenden beigetreten, die sich damit das Recht erworben haben, von sämtlichen Einrichtungen des Beamtenbundes Gebrauch zu machen.

Zur Erhöhung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge. Nach dem Bericht des Reichsausschusses über die Angelegenheit der Ruhegehälter der vor und nach dem 1. Januar 1919 in den Ruhestand getretenen Beamten oder Versorgungsbediensteten gewordenen Hinterbliebenen beseitigt, aber doch die Notlage der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen, die unter den gleichen Verordnungsverhältnissen zu leiden haben wie die aktiven Beamten, durchaus ungenügend berücksichtigt; während die aktiven Beamten eine Erhöhung ihrer Ruhegehaltszulage um 3000 M. erfahren und seit Anfang des Jahres somit im ganzen 6800 M. beziehen, wurde die Gesamtentlohnung für die Ruhegehaltsempfänger auf 3600 M. unter Wegfall ihrer früheren Bezüge festgesetzt. Die Verbesserung betrug somit für die Ruhegehaltsempfänger nur ein Drittel der den aktiven Beamten bewilligten Verbesserung. Auch die Regelung der Hinterbliebenen war ungenügend ausgefallen. Die Hoffnung der Beteiligten auf endliche Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche wurde auf die vom Reich in Aussicht genommene Neuordnung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge gesetzt. Soweit bis jetzt verhandelt, bringt aber auch diese Regelung eine große Enttäuschung, denn es soll beschloffen sein, den Altersrenten, also den vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getretenen Beamten nur die Hälfte des Unterschieds als Verbesserung ihrer Bezüge zu gewähren, der sich zwischen dem nach der Reichsbedienstetenordnung sich ergebenden Betrag und dem bisherigen Ruhegehalt ergibt, und diese Erhöhung soll nur auf Ansuchen und bei vorhandener Bedürftigkeit bewilligt werden. Der preussische Entwurf weicht von der beschlossenen Reichsregelung darin ab, daß die im Jahr 1. April 1919/20 in den Ruhestand getretenen Beamten den vollen nach der Reichsbedienstetenordnung sich ergebenden Ruhegehalt erhalten sollen.

Fronleichnam.

Sehn Tage nach Pfingsten verläßt auch die katholische Kirche ihre Kapellen, Kirchen und Dome und beansprucht das moderne Recht auf die Straße. Freilich nur dort, wo es die Schichtung der konfessionellen Verhältnisse gestattet. Am Donnerstag nach Trinitatis ist Fronleichnam, das Demonstrationstest der katholischen Kirche, das Fest ihres höchsten und zugleich tiefsten Geheimnisses, die Erinnerungsfest an jenes erste Abendmahl, da der Herr Brot und Wein in sein Fleisch und Blut verwandelt. Es ist ein hoher Feiertag der katholischen Christenheit, in unserem paritätischen Staat kein allgemeiner, es ist aber ein durch allen Glanz höchster Kirchenfeste so auffallender, daß auch die Nichtkatholiken dem Tage ihr Interesse wenden. Die katholische Kirche hat ihren freudigen Gedenktage aus dem düstern Ernste der Karwoche mitten hinein in die sommerliche Fülle und Schönheit verschoben, um an dem Tage ihr höchstes Gut in der Monstranz aus dem geheimnisvollen Dämmern der Kirchen hinauszuführen auf Straßen und Plätze der Städte, auf Wege und Hügel des Landes. Wenn sie dazu all ihre Pracht entfaltet, wenn die bunten, blickergeschmückten Fahnen wehen, die vielfältigen geistlichen Trachten, untermischt mit dem Ernste der Ordenskleider das Bild des Vorbeiluges beleben, die blumengeschmückte Jugend singend und betend fromme Wahrzeichen und symbolische Bildnisse trägt, wenn das Volk vor dem silbernen Klingeln der Glöckchen der rauschschwingenden Chornäben andachtsvoll in die Knie sinkt und der goldige Strom der Sonne die Monstranz überzieht, dann trägt sich gewiß auch der Nichtkatholik nach Bedeutung und Entstehung der Feiertage.

Dieses öffentliche Bekenntnis zum heiligen Leichnam des Herrn ist schon fast acht Jahrhunderte alt, ihre Anfänge gehören der Legende an. Die Ritterliche Reklamation Juliana soll eine Vision gehabt haben, die ihr die öffentliche Feiertage, die theophorische Prozession zum Gebot machte. Und in den Niederlanden hatte sich die rasch vollstimmig geborene „Gottesbräuterei“ seit 1246 bereits stark verbreitet, als Papst Urban IV., der frühere Archidiacon in Vézelay, das Fest 1264 allgemein einführt. Auf dem Konzil von Trient 1562 wurde es dann von Papst Clemens V. zu seiner besonderen Bedeutung erhoben. Keinem Geringeren als Thomas von Aquin verdankt die katholische Kirche die Verfasserschaft des Festoffiziums. Seitdem wurde das Fest immer mehr zu einem feierlichen Credo und in den verschiedenen deutschen Landesteilen und im katholischen Auslande mit allerlei Volksbräuchen umgeben. Erwähnt sei nur, daß der Fronleichnamstag wie die anderen hohen Kirchenfeste vielfach Anlaß zu den geistlichen Spielen gab, in denen die Schöpfung bis zum jüngsten Gericht symbolischen Ausdruck fand. So ist in diesem Zusammenhange besonders auf Calderons geistliche Dichtungen zu verweisen. Vielfach fand die Prozession am Fronleichnamstage auch zu Schiffe statt, bekannt ist die Würzburger Gottesfahrt am Rhein. In Süddeutschland, wo besonders Württemberg durch die Teilnahme des Hofes glänzende Bilder sah, pflegte es heute noch die wenigen, noch übrig gebliebenen Bürgerwehren als Ehrenpflicht zu betrachten, am „Herrgottsstag“ in ihren altfränkischen Uniformen eine Ehrenwache zu bilden. In einer Zeit wie der heutigen, wo der Unglaube dreifach denn je sein Haupt erhebt, darf der gläubige Katholik annehmen, daß auch der gläubige Protestant nicht die Augen verdirrt, wenn dem sich lebendig erweisenden Glauben des zwar Andersgläubigen, daß er sich vielmehr auch dieser Demonstration des Fronleichnamstages aufrecht freut! Denn darüber, daß eine Eucharistiefeier unteres Volkes in bisher nie erlebtem Ausmaß droht, kann keine Meinungsverkümmerung zwischen Evangelischen und Katholiken bestehen.

Aus dem Stadtkreise.

Zur Kartoffelversorgung.

Die Kommunalverbände sind zurzeit im Besitze größerer Mengen Speisefertkartoffeln. Die versorgungsberechtigten Bevölkerung, die seither über unzureichende Kartoffelversorgung zu klagen pflegte, unterläßt es jedoch, ihren voraussetzlichen Bedarf an Kartoffeln bis zur neuen Ernte einzudecken, da sie wohl annehmen, es genüge, wenn der Kommunalverband sich im Besitze der erforderlichen Mengen Kartoffeln befindet. Die Wahrnehmung, daß die Bevölkerung nicht geneigt ist, von einem Lebensmittel, das augenblicklich in ausreichenden Mengen zur Verfügung steht, sich den Bedarf für eine etwas weiter hinausgeschobene Zeit zu beschaffen, konnte schon öfter gemacht werden.

In der Kartoffelversorgung ist diese Annahme jedoch durchaus irrig. Die gegenwärtige reichliche Anlieferung an Kartoffeln beruht darauf, daß gleichzeitig große Sendungen holländischer, schweizerischer und besonders polnischer Kartoffeln eingetroffen sind, deren frühere Anlieferung aus Transportverweigerungen nicht möglich war. Außerdem haben die Landwirte in demselben Zeitpunkt begonnen, nach Erledigung des Saatgeschäftes die überschüssigen Bestände abzustufen. Es kann nicht erwartet werden, daß weitere Lieferungen aus dem Inlande und dem Auslande erfolgen werden; vielmehr ist anzunehmen, daß nimmereit im laufenden Erntejahr letztmalig Gelegenheit geboten ist, sich Kartoffeln zu beschaffen.

Der Bevölkerung ist deshalb dringend anzuraten, von dieser Möglichkeit der Bedarfsdeckung Gebrauch zu machen. Dies ist um so mehr angebracht, als bei den außerordentlich langsam und unsicheren Anlieferungen von Brotgetreide mit vorübergehender Stockungen in der Brotverjorgung gerechnet werden muß.

Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918 haben ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September d. J. von der Reichsbank eingelöst.

Es handelt sich um die Reichsbanknote mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50 Marknote vom 30. November 1918.

Auszeichnung. Nachbesetzten Beamten der Oberpostdirektion und der Verkehrsämter Karlsruhe ist in Anerkennung ihrer hervorragenden Verdienste in der Heimat während des ganzen Krieges jezt noch das Eiserne Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande verliehen worden: dem Oberpostamt und Geh. Postrat Fuchs, Postamt Kammerer, den Postinspektoren Vack, Huber, Has und Eggers, dem Telegraphendirektor Höchster, dem Vorstand der Oberpostkassette, Rentanten Dr. Kempf, dem Rechnungsrat Sütterlin und Postmeister Caraué.

Invaliden und Hinterbliebene der Maschinenwehrgeschützschützen-Abteilungen der Westfront, des Reg. S. 1. u. 2. West, Münster-Dattlone I und II, die sich in dringender Notlage befinden, können bis zum 1. Juli 1920 von der zuständigen Fürsorgestelle beglaubigte Anträge auf eine einmalige Unterstützung dem Maschinenwehrgeschütz - Kommando - West, Berlin N 24, Friedrichstraße 107, einreichen. Da die Leistung nur sehr gering ist, wird im Interesse der Schwerverwundeten und Hinterbliebenen gebeten, nur besonders dringende Anträge einzureichen.

Im Colosseum ist mit dem Monatswechsel wieder die Bunte Bühne eingezogen. Sieht man vorerst auch noch wenig akrobatische Nummern, so ist das Programm im ganzen doch unterhaltend. Seit längerer Zeit hat man wieder Gelegenheit, einen jogenannten Verwandlungskünstler zu bewundern, die es bekanntlich darauf abgesehen haben, alles allein zu machen. Die von Segali mit überraschender Fixigkeit dargestellten Charaktere, die natürlich nur in derber Manier unrisen werden können, treffen fast alle bemerkenswerten Züge, so daß der Gesamtindruck recht gut ist. Das Gebiet der Dressur pflegt Paro mit einer ganzen Serie niedlicher Stübchen, die sogar den Versuch machen, es dem sprechenden oder vielmehr denkenden Hund seligen Andenkens gleich zu tun. Die Nummer ist überaus abwechselnd gestaltet und bildet einen der Höhepunkte des Abends. Solitta bereitet einen Musical-Act, bei dem das u. a. bekannte Apollon mit Gesicht gehandhabt wird. Draufsch und doch wirkungsvoll sind die Beiträge von Gertrud Bork, der Soubrette. Mar a, der Baudeubner, hat außer bekannten einige neue Tricks in Bereitschaft. Carl Talard ist zu wenig Charakterdarsteller, um derartig lyrische Aufgaben in eine andere Sphäre überleiten zu können. Die Gaukelspiele der Neudoljaner Tokihimias meistern die gewöhnlichen Künste in anzuerkennender Weise und müssen außerdem reizvolle Neuheiten zu bieten. Durch gute Sprechtechnik behauptet sich der Komiker Paul Wolff-Rindau, während Ernst Dahlmeyer dies mit einer exzentrischen Szene fertig bringt. Unter Herrn Neumanns Leitung holt sich die Hauskapelle Sondererfolge.

Chronik der Vereine.

Der Karlsruher Turnverein 1846 hält am 20. Juni, nachmittags, in der Festhalle ein Schauturnen ab. Aus seinem früheren Auftreten vor der besten Einwohnerchaft wissen wir, daß jeweils gediegene Leistungen geboten wurden. Auch beim Turnfest im Stadtteil Heiderheim hat der T. V. 1846 wieder mit guten Resultaten abgemittelt. Es fiel ihm zu in Mannschafstämpfen: 1. Preis: Laugleben der Schüler, 2. Preis: Stafette der Schüler, 1. und 2. Preis: Weisprung der Schüler, 1. Preis: Ausgetreten der Ausübenden, 3. Preis: Weisprung der Ausübenden, 1. Preis: Stafette der Ausübenden (Hauptpreis), 4. Preis: Stafette der Ausübenden und im Einzelwettkampfe (vollständigen Turnen) der 3., 5., 8., 11., 17., 26. und 28. Rang. Den Hauptpreis des Festes - einen silbernen Wanderpokal - errang die Turnermannschaft in Konkurrenz mit Sportvereinen. Bei dem in Rede stehenden Schauturnen werden sämtliche Riegen aufmarschieren. Schon heute sei auf dieses Schauturnen und den demnächst folgenden Kartenvorverkauf in den einschlägigen Geschäften hingewiesen.

Der Verein Städtischer Arbeiter (Unterstützungsverein) feierte am Sonntag im Saale des „Gottesacker-Schloßes“ sein 15jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Konzert, Gabenverteilung und Tanzunterhaltung. Der 1. Vorstand, Herr F. S. Siegel, begrüßte die Anwesenden, gab einen Rückblick über die Tätigkeit des Vereins und betonte, daß zwei Mitglieder in Anbetracht ihrer Verdienste zu Ehrenmitgliedern ernannt wurden. Die musikalische Leitung lag in den Händen des Herrn Bassler jr. (Klavier) und Herrn Kirchgänger (Violine), die in Verbindung mit Solos für Klavier und Horn hervorragendes leisteten. Der Gesangverein „Liederkreis“, der stark vertreten war, gab Zeugnis seines Stimmens in Männergesang. Der Verein hat ein gutes Stimmmaterial und sein Dirigent, Herr Müller, versteht es vorzüglich, die Stimmen zuzusammenzufassen. Wir wünschen dem Verein, der größtenteils aus Hülfsbeamten besteht, ferner Glück und Gedeihen. Als Honorar trat Herr Aug. Jeller auf, dessen Darbietungen als gelungen zu bezeichnen sind. Nach dem musikalischen Teil abgewandelt war, fand die Gabenverteilung statt. Es kamen nur nützliche Gegenstände zur Verteilung, anschließend daran fand die Tanzunterhaltung statt. Der Verein, der reichen Zuwachs an Mitgliedern bekam, hat bewiesen, daß er bei den städtischen Arbeitern durch seine Tatkraft Anklang findet. Der Verein, der auf neutralem Boden steht, also jeder, welcher Richtung er auch angeht, mag, Aufnahme findet, hat die Aufgabe, seine Mitglieder in Anbetracht, Unfall, Not und Todesfällen zu unterstützen und geistliches Zusammenleben zu pflegen.

Veranstaltungen.

Tanzabend. Die noch in jugendlichem Alter stehende Tänzerin Isel Suhr, die vor wenigen Tagen vor einem geladenen Kreise lobenswerte Proben ihrer Tanzkunst gab, wird am Mittwoch, 9. Juni, im Künstlerhaus in eigenen Tänzen nach Musik von Debussy, Schubert, Strauß und Schostakowitsch der Öffentlichkeit vorgestellt. Den geschäftlichen Teil besorgt die Musikalienhandlung Fr. Doerr, Kaiserstraße 159.

Das „Welt-Panorama“ setzt von heute an: „Island und Spitzbergen“. Die dänische Insel Grönland, die im Jahr 795 von irischen Mönchen entdeckt, erhielt ihren Namen durch einen Norweger, der sie 10 Jahre später besuchte. - Spitzbergen ist eine Inselgruppe im nördlichen Eismeer. Seine mächtigen, mit ewigem Schnee und Eis bedeckten Gletscher zeigen dem Beobachter, daß er sich hier im Bannter der „Polarkregion“ befindet.

Standesbuch-Auszüge.

Geburtsbote. 29. Mai: Otto Fröh von Niederweiler, Kunsthilfer in Rastatt, mit Eva Renz von hier. - 1. Juni: Edgar Schöck von Freilshausen, Amtsdiener hier, mit Anna Görtler, geb. West, von Rastatt; Hans Walter von hier, Architekt in Göttingen; Paula Mader von hier; Julius Breitung von Rastatt, Maschinenhilfer hier, mit Hilda Koch von Rastatt; Gustav Bittel von Rastatt, Fabrikarbeiter hier, mit Herta Heiser, geb. Lindhard, von Rastatt; Heinrich Lang von Lindheim, Kaufmann hier, mit Sofie Wed von hier; Alfred Weder von hier, Kaufmann hier, mit Anna Stimmel von hier; Otto Heide von hier, Kassenhilfer hier, mit Gertrude Hof von Freiburg; Wilhelm Müller von hier, Finanzsekretär hier, mit Stefanie Haas von Rastatt; Otto Richter von hier, Elektromonteur hier, mit Veria Görls von Rastatt; Siegfried Wetli von Rastatt, Kaufmann hier, mit Gertrud Schimmus von hier; Karl Schöffler von Rastatt, Kraftfahrer hier, mit Sofie Morlod von Rastatt; Hermann Götz von Schwarzbach, Postkassener hier, mit Veria Vohnenberger, Witwe, von Grumbach; Friedrich Luz von hier, Schloffer hier, mit Veria Reinger von hier; Hermann Speyer von Rastatt, Sicherheitspolizeibeamter hier, mit Veria Luder von hier; Karl Rost von Rastatt, Militärwärter hier, mit Emma Weich von hier.

Geburten. 21. Mai: Hans Otto Ludwig, Vater Josef Armbruster, Obermonteur. - 25. Mai: Johann Gerhard, Vater Wilhelm Göttinger, Bureauvorsteher. - 26. Mai: Rudolf Hans, Vater Wilhelm Speck, Tagelöhner; Karl, Vater Karl Kuntel, Bleicher. - 27. Mai: Hans Roland, Vater Julius Leber, Kaufmann; Walter Franz Josef, Vater Franz Koch, Gewerbelehrer; Elisabeth Gertrud, Vater Wilhelm Persdorff, Zahnarzt; Wilhelm Karl, Vater Wilhelm Jenschel, Landwirt; Erwin Georg, Vater Friedrich Wittich, Schloffer. - 28. Mai: Anneliese, Vater Rüdiger Dettling, Schreiner; Arthur Hermann, Vater Wilhelm Habewang, Maschinenarbeiter; Heinrich Johannes, Vater Joseph Schulz, Kassenhilfer.

Todesfälle. 1. Juni: Otto, alt 1 Jahr 6 Monate 4 Tage, Vater Josef Herbert, Schreiner; Anna, alt 3 Monate 16 Tage, Vater Alfred Frubner, Hilfsbeizer; Jakob Ruf, ledig, Fabrikarbeiter, alt 42 Jahre; Friedrich, alt 14 Jahre, Gärtnerlehrling, Vater J. Albert Segger, Postausbeizer.

Beerdigungstest und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Freitag, 4. Juni, 10 Uhr: Wina Dagg, Waidmüllers-Witwe, Kaiserstr. 82 a. - 2 Uhr: Friedr. Segger, Gärtnerlehrling, Melanchthonstr. 3. - 3 1/2 Uhr: Jakob Ruf, Fabrikarbeiter, Diatonissenhaus.

Sport / Spiel.

Ein Sportfest in Forstheim. Am Sonntag, 30. Mai, hielten die Forstheimer Sportfreunde (Fußballklub) auf ihrem im Forstwald schon gelegenen Plage ein wohlgeklungenes Sportfest ab, wozu zahlreiche Vereine aus der Umgegend erschienen waren. Der Vormittag des Tages war ausgefüllt mit leichtathletischen Wettläufen. Nachmittags fanden Fußballspiele statt. Verschieden wurde das Fest durch das freundschaftliche Entgegenkommen der beiden Gesangsvereine „Eintracht“ und „Frohsinn“, die in freier Natur die zahlreichen Besucher durch fröhliche Lieder erfreuten. Die Musikkapelle brachte ab 3 Uhr ihre besten Weisen zum Vortrage. Ergebnisse: Aus Forstheim erlangten sich Preise beim 100-Meter-Lauf: Josef Bad, 2. Preis. 400-Meter-Lauf: Josef Bad, 1. Preis. Im Ausgetreten: Konrad Jakob, 2. Preis; Ernst Helfer, 3. Preis. 400-Meter-Stafette: Sportfreunde Forstheim, 1. Preis. Als Preisrichter amtierten Lehrer Buhl, Johannes Zombhäuser, Karl Burtart und Ernst Kimmelspacher. Seinen Abschluß fand das Fest durch ein Langzughen. Mit Erfolg kann der Verein auf seine Veranstaltung zurückblicken, und der Erfolg beweist, daß die Leitung des Vereins durch Ernst Kimmelspacher in guten Händen liegt.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Seefischmarkt.

Dem Weststadtbewohner möchte ich zu seiner Verbilligung mitteilen, daß im Weststadtel bereits mehrere, im Stadtteil Mühlburg allein fünf, Geschäfte sind, die jede Woche 1-2 mal Seefische verkaufen und die vielfach froh sind, etwas dabei zu verdienen, um ihr Leben fristen zu können. Ein Seefischhändler der Weststadt.

Tagesanzeiger.

(Häheres ist aus dem Anzeigentel zu erfahren.)

Donnerstag, 3. Juni.

Bad. Landestheater. „Undine“, Anf. 6 1/2 Uhr. Stadt. Konzerthaus. „Die selige Ersellens“, Anfang 6 1/2 Uhr. Café Röderer. Konzert, nachmittags u. abends.

Bezirksstagung des Vereins Baden-Württemberg im Deutschen Fleischerverband.

(Eigener Bericht.)

U. Konstantz, 1. Juni. Der Bezirksverein Baden-Württemberg im Deutschen Fleischerverband hielt gestern im Konzil seinen Bezirksstag ab, verbunden mit einer zeitgemäßen Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins. Die von über 500 Delegierten aus allen Teilen Badens und der Pfalz besuchte Versammlung wurde von Obermeister Koch-Heidelberg eröffnet. Es wählten ihr als Vertreter der Regierung Geh. Rat Dr. Fesler und Staatsrat Weiskopf, ferner Oberbürgermeister Dr. Morike, Landtagsabgeordneter Großhans, Handwerkskammerpräsident Sauter-Konstantz an.

Querst erkrankte Syndikus Scherrer den Jahresbericht, der sich besonders mit den für das Fleischergewerbe nachteiligen Folgen der Zwangsbeschaffung befaßt und mit dem Wunsch schloß, daß diese bald fallen möge. Der Klassenbericht zeigt 6793 M. Einnahmen, denen 10107 M. Ausgaben gegenüberstehen. Der Mitgliederbeitrag wurde einstimmig von 2 auf 4 M. erhöht. Dann erkrankte Obermeister Koch-Heidelberg den Bericht über die Beratung des Entwurfs reichsgesetzlicher Vorschriften zur Regelung der Fleischwirtschaft und Aufhebung der Zwangswirtschaft, die als Ursache der Schließungen und Schwarzschlachtungen anzusehen sei. Besser wäre es auch gewesen, man hätte für die 4 Milliarden schlechten amerikanischen Speck Futtermittel gekauft.

Staatsrat Weiskopf ist als praktischer Landwirt der Ansicht, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft ipso facto sei. Der Schlachtviehpreis solle mit Haut auf 4-5 M. festgesetzt werden. Deutschlands Ernährungszustand könne nur durch völlige Ausschaltung des Zwischenhandels, der Kriegsgesellschaften und Kommunalverbände gebessert werden. Der Vertreter der Landwirtschaftskammer Schefflinger berichtet sodann über die Stellung dieser Kammer, die für die freie Wirtschaft sei. Persönlich befürchtet er aber durch diese einen Ausverkauf des badiischen Viehbestandes. Eine 3-monatige Uebergangszeit müsse geschaffen werden.

In einer hierauf sich entwickelnden lebhaften Aussprache wurden der Regierung schwere Vorwürfe darüber gemacht, daß sie Vorschläge von beruflicher Seite nicht gehört habe. Staatsrat Weiskopf weist diese Vorwürfe zurück, Berlin sei schuld daran.

Auf Antrag des Vorsitzenden wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Da die Zwangswirtschaft des Schlachtviehs und des Fleisches seit Monaten völlig verfaßt hat, geizt die Wirtschaft auf eine ausreichende Ernährung, daß die Zwangswirtschaft so rasch wie möglich, spätestens zu Beginn der neuen Ernte, beseitigt wird. Daburh nur kann dem wüchsigen Schieberum und der Schwarzschlachterei vorgebeugt werden. Gegen den Entwurf reichsgesetzlicher Vorschriften muß entschiedene Verwahrung eingelegt werden.“

Darauf wird nach einem eingehenden Vortrag von Mitgliedrat Koll-Konstantz über „Lieferung der Rinderhäute“ eine Resolution ebenfalls einstimmig angenommen, die u. a. folgendes enthält: „Der Bezirksverein Baden-Württemberg im Deutschen Fleischerverband richtet an die Mitglieder des Landtags, an die verantwortlichen Landes- und Reichsbehörden und besonders auch an die Presse die Bitte, für sofortige Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über den Verkehr mit Knochen, Knochenerzeugnissen, Knochenfetten und anderen festhaltenden Stoffen einzutreten. Der Vorstand des Bezirksvereins wird beauftragt, beim Ministerium dahin vorzulegen zu werden, daß die erlassenen Strafbefehle zurückgezogen und schwebende Verfahren eingestellt werden.“

Hierauf sprach Stadtrat und Handwerkskammerpräsident Groß-Mannheim über „Wirtschaftliche Vereinigungen“ und forderte zur Gründung von Genossenschaften mit Anknüpfung an die Haftlag-Genossenschaft auf.

Ueber „Hautbewirtschaftung“ berichtete Direktor Mößinger r. Mannheim. Auch über diesen Gegenstand wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die geplante Erhebung des Konjunkturgewinns von den bis August 1919 angefallenen und verdienungsrechtlichen Häuten, die durch die Aufhebung der Lederzwangswirtschaft frei veräußert werden dürfen, fallen zu lassen.

Bei den Vorstandswahlen wurde Obermeister Koch-Heidelberg, Haushalter Fesler und Direktor Mößinger r. Mannheim wiedergewählt und zu Delegierten beim Deutschen Fleischerverbandstag in Wiesbaden, Berlin, Grieshaber r. Eitenheim, Barth-Offenburg, Koe-Rosbach und Wolweg-Lahr bestimmt. Ort der nächsten Tagung ist Heidelberg.

Anschließend an die Verhandlungen fand abends ein Essen mit Bankett statt.

Valuta-Kategorien.

Es ist heute für unsere Exportpolitik dringend notwendig, sich vor Augen zu halten, daß wir heute drei Valutakategorien zu unterscheiden haben, und zwar gemessen an der Bewertung des deutschen Marktkurses. Wir haben Länder, deren Geldkurs weit unter dem deutschen steht, andere mit einem weit höheren Valutastand, und wir haben solche, die gewissermaßen in eine Mittelklasse gehören, deren Valuta, wenn sie auch die Deutschlands überträgt, erheblich geschwächt ist; in diese Klasse kann man auch die für die Tschecho-Slowakei einbeziehen, mit der uns in Zukunft wahrscheinlich sehr enge wirtschaftliche Beziehungen verbinden werden. (Die Kronnoten der tschecho-slowakischen Republik werden heute etwas höher bewertet als die österreichische Krone vor dem Kriege). Zu den Ländern mit niedriger Valuta gehören in der Hauptsache Polen, Oesterreich und Ungarn. Die polnische Mark gilt ungefähr um 1/4 Papiermark, während die österreichische Krone und ungarische Krone weniger als 1/2 ihres früheren Friedenswertes haben. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu jenen Ländern werden also dadurch erschwert, daß diese für die deutschen Waren einen dreifachen und höheren Preis in der Währung ihres Landes anlegen müssen. Besondere Beachtung verdient die Mittelklasse, zu der in der Hauptsache Italien, Frankreich und Belgien gehören. Auf dem Zürcher Valutamarkt werden augenblicklich der französische und belgische Frank mit ungefähr dem dritten Teil, der italienische Lire mit etwas über dem vierten Teil ihres früheren Wertes bezahlt. Was dieser Valutastand dieser Länder für uns bedeutet, ist auf den ersten Blick eine Erschwerung unserer Ausfuhr nach Frankreich, Belgien und Italien.

Wenn z. B. der Franzose bei dem früheren günstigen Stand seiner Valuta für seine 100 Frank für rund 1000 Mk. deutscher Waren erhielt, und wenn er jetzt für diese 1000 Mk. mehr als 300 Frank anlegen muß, so fällt für ihn der bisher in dem Tiefstand des deutschen Marktkurses gelegene Kaufanreiz zum guten Teil fort. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Wirtschaftsbeziehungen Frankreichs zu den Ländern mit hohem Valutastand infolge der schlechten französischen Valuta äußerst erschwert werden, da ja Frankreich z. B. für Schweizer Waren das Dreifache von dem anzulegen hat, was es zu bezahlen hatte, als sein Frank mit dem der Schweiz noch gleichwertig war. Was von Frankreich gesagt worden ist, gilt in viel schärferer Weise natürlich für Italien. Dieselbe Einwirkung der niedrigen französischen, belgischen und italienischen Valuta haben wir selbstverständlich auch beim Export dieser beiden Länder festzustellen, und man darf wohl sagen, daß die Annäherung des französischen, belgischen und italienischen Geldkurses an den deutschen Marktkurs viel eher eine Erleichterung der wirtschaftlichen Beziehungen jener Länder zu Deutschland als eine Erschwerung bedeutet.

Da Belgien und Frankreich aus politischen Gründen für diese Anbahnung nicht in Betracht kommen, so bleibt Italien übrig, das ja auch schon geneigt ist, Deutschland als alten Kunden wieder für seine Wirtschaft zu gewinnen.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse. W. Frankfurt a. M., 2. Juni. Infolge der schwachen Haltung des Marktpreises und der erheblichen Kursrückgänge der Devisenkurse ergab sich als selbstverständliche Folge eine wesentlich festere Haltung. Auf dem Markt der Auslandskurse waren neben Steaua Romana auch Deutsche Petroleum ansehnlich anziehend. Kolonialpapiere lagen ebenfalls durchweg höher. Desgleichen Elektrische Uebersee, Schantungbahn, mexikanische Anleihen und Türkenwerte. Im Verkehr der chemischen Werte wurden Holzverkohlung, Scheideanstalt gesteigert. Bergmannwerke, Lahmeyer, A.E.G. anziehend. Fester lagen Kaliwerte, besonders Westeregeln, Aschersleben und Heldburg. Auch auf dem Einheitsmarkt traten vereinzelte Kursbesserungen ein. Die Börse schloß fest unter Schwankungen der Auslandspapiere. Privatskont 4 1/2 Prozent und darunter.

Frankfurter Kursnotierungen. Table with columns for bank names and exchange rates for various locations like London, New York, etc.

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Berliner Börse.

W. Berlin, 2. Juni. Durch den im Auslande eingetretenen Rückschlag in der Besserung des Marktkurses hat auch in Berlin zu Beginn der Börse ein Umschwung in der Kursbildung der Auslandskurse stattgefunden. Diese waren im freien Verkehr stark gesucht und für die maßgebenden Plätze wesentlich höher. Dies beeinflusste den Aktienmarkt günstig, zumal man sich der Hoffnung hingab, daß der drohende Bankbeamtenstreik doch noch vermieden werden wird. Der Kursstand hob sich bei zeitweise etwas lebhafterem Geschäft. Bei einigen Papieren bis zu 10 Proz. Fest stellten sich Bismarckhütte, Phönix Bergbau, Rhein, Braunkohlen, Gebr. Boehler, Neu-Guinea, Otavi-Minen, Schantung und Deutsch-Uebersee. Angeregt war das Geschäft später besonders in Petroleumwerten wie Steaua Romana, die nahezu 200 Proz. gewonnen, Deutsch Erdöl und Erdölaktien, die sich mit geringer Ausnahme höher stellten. In schweren Kolonialwerten erfolgte bei geringen Umsätzen gleichfalls eine wesentlich höhere Bewertung. Bankaktien behaupteten ihren Kursstand. Am Rentenmarkt ist eine 2proz. Erhöhung der 3proz. Reichsanleihe zu erwähnen. Sonst gab es hier bis auf die gleichfalls höheren Mexikaner und Türkenlose keine Veränderung. Bei etwas lebhafterem Geschäft blieb die feste Grundstimmung auch weiterhin voll erhalten.

Berliner Kursnotierungen. Table with columns for stock and bond prices for various companies and locations.

Vom Devisenmarkt.

Table showing exchange rates for various currencies like Gold, Sterling, etc.

W. Zürich, 2. Juni.

Table showing exchange rates for various currencies from Zurich.

Banken.

Plorzheimer Bankverein. In der am 31. Mai abgehaltenen Generalversammlung wurden die auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates wiedergewählt und dem Aufsichtsrat wie dem Vorstand Dank und Anerkennung für ihre erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen. Nach dem Geschäftsbericht der genehmigt wurde, fanden im abgelaufenen Geschäftsjahre zwei Ausschüttungen statt, die insgesamt 71,5 Proz. der Forderungen ausmachten. Der Bericht erwähnte, daß die Liquidation von der starken Geldflüssigkeit in erheblichem Maße Nutzen ziehen konnte; denn es konnte ein großer Teil der Außenstände realisiert werden. Namentlich ist die starke Ermäßigung der Grundstücke und sonstigen Vermögenswerte um rund 900 000 Mark hervorzuheben. Diese Ermäßigung habe im laufenden Geschäftsjahre angehalten, so daß seit 1. Januar 1920 weitere Liegenschaften im Wert von rund 800 000 Mk. abgestoßen werden konnten. Man glaubt daher, daß schon bald eine weitere Ausschüttung stattfinden kann. Die seinerzeit unter Mitwirkung des Bankvereins begründete Industriebank hat seit einem halben Jahre ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und arbeitet in befriedigender Weise.

C.G. Plätzische Bank. In der am 28. Mai abgehaltenen Aufsichtsratsitzung wurde der Geschäftsbericht für 1919 vorgelegt. Der Bruttogewinn beträgt 17 378 788 Mk. gegen 10 237 292 Mk. im Vorjahre und der Nettogewinn 7 472 499 Mk. gegen 6 039 463 Mk. im Jahre 1918. Nach dem Beschlusse des Aufsichtsrats wird der auf den 14. Juni einberufenen Generalversammlung vorgeschlagen: 7 Proz. Dividende (gegen 6 Proz. im Vorjahre) zu verteilen, 227 219 Mk. auf Bankgebäude und Mobilien abzuschreiben, 100 000 Mk. für Zuweisung zur Talonsteuer-Reserve zu verwenden, 683 751 Mk. dem Gratifikations-, Dispositions- und Organisationskonto und 500 000 Mk. dem Beamten-Pensionsunterstützungsfonds zuzuführen und 1 000 000 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen (wie im Vorjahre).

C.G. Nationalbank für Deutschland. In der unter Vorsitz des Geh. Regierungsrats Wittling abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung in der 23 400 000 Mk. Kapital vertreten war, beantragte ein Aktionär bei Vorlage des Geschäftsberichts für 1919 statt der von der Verwaltung vorgeschlagenen 7 Proz. eine Dividende von 10 Prozent zu verteilen und dafür dem Reservefond nicht 6 Millionen Mark, sondern nur 3 Mill. Mark zuzuführen. Direktor Dr. Schacht entgegnete darauf, daß die Verwaltung seit dem Ausbruch des Krieges sich veranlaßt gesehen habe, eine besonders vorsichtige Dividendenpolitik zu treiben und davor warnen müsse, diese zu verlassen, zumal die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse noch durchaus undurchsichtig wären und den Sprung einer Dividende von 5 auf 10 Proz. nicht angebracht erscheinen lassen. Die Verwaltung lege besonderen Wert auf eine weitere Dotierung ihrer offenen Reserven und eine konstante Entwicklung des Instituts. Der Aktionär zog darauf seinen Antrag zurück, und die Versammlung beschloß darauf einstimmig die Verteilung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Dividende von 7 Prozent. Die turnusmäßig auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wieder und die Herren William Meinhart, Generaldirektor der Osram-Werke, und Bankier Koppel jun. i. Fa. Koppel & Co. neu gewählt.

Vom Wetter.

Table with weather forecasts for various cities like Hamburg, Berlin, etc., including temperature and wind direction.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Europa weitestens Hochdruckgebiet hat sich über Mittelmeer ausgedehnt und beideres Wetter gebracht, nur in Norddeutschland fällt noch Regen. Die Temperatur der vergangenen Nacht sank in Baden infolge Stürme ausstrahlung unter 10 Grad.

Table with weather forecasts for various cities like Stuttgart, Mannheim, etc.

Zahnpraxis K. Steiner, Dentist. Spezialist für Kronen- und Brückenarbeit. Bismarckstraße 25 Tel. 2507.

Daniels Konfektions-Haus. Telefon Nr. 1846 - Wilhelmstr. 34, 1 Trepp. Schwarze Stickerblusen Mk. 28.00.

Israel. Gemeindef. Hauptversammlung am 4. Juni. Sabbatbeginn 7.30 Uhr.

Israel. Religionsgesellschaft. Freitag, den 4. Juni. Sabbatbeginn 7.30 Uhr.

Ich bin affert. Rafter Klinge. Schramberger Überfedernfabr. G. m. b. H. Schramberg (Württemberg).

Ihre Wolle. verarbeitet zu Strickwaren jeder Art. Herren- und Damenstoffe, Kostüme.

Gräfea. der Elektrotauchkocher darf in keinem Haushalt fehlen. Das Beste auf diesem Gebiete.

Fußbodenlacke - Bodenwische. Bodenöl - Stahlspläne - Holzbeizen - Stofffarben.

Reiter- und Staffwagen. in allen Größen und Stärken. Elektr. Koch-Apparate. Gasback- und Bratöfen. Emil Schmidt & Kons.





Bekanntmachung.

Bestimmung der Getreide- und Kartoffelflächen. 1. Gemäß Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. April 1920...

- a) Weizen, b) Soja, c) Roggen, d) Gerste, e) Gemenge aus den Getreidearten a-d, f) Hafer, g) Gemenge aus Getreide aller Art mit Hafer...

Wißt Ihr schon

was am 6. Juni auf dem Spiele steht?

Eure eigene, Eurer Kinder, Eures Vaterlandes Zukunft!

Der kluge deutsche Mann und die kluge deutsche Frau denken daran. Nichts bringt sie ab vom rechten Weg!

rechten Weg!

Sie wählen die Liste

Dietrich - Haas - Sänger Frau Kromer!

In das Vereinsregister ist zu Band VIII D.S. 19 eingetragen: Volksbühne Karlsruhe, Karlsruhe, Karlsruhe, den 29. Mai 1920.

In das Vereinsregister ist zu Band VIII D.S. 20 eingetragen: Name und Sitz: Bund Badischer Landwirte, Karlsruhe, Karlsruhe, den 31. Mai 1920.

Stadt. Fischhalle hinter dem Bierordf. Seefische ausverkauft. Nächster Verkauf kommenden Dienstag. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Öffentliche Versteigerung.

Freitag, den 4. Juni 1920, vormittags 11 Uhr, werde ich in Aierne Gottesau, neben der Schmiede, gegen bare Zahlung gemäß § 875, S.O.B., öffentlich versteigern: 3760 kg Feu.

Versteigerung

Dienstag, den 8. Juni, vormittags 9 Uhr beginnend, Bismarckstraße 37a, drei Treppen, wegen Bezug im Auftrag gegen bare Zahlung: 1 komplette Saloonrichtung mit Portieren...

Kursus für Vermögensverwaltung

beginnt Montag, d. 7. Juni u. umfaßt: 1. Die neuen Steuer-Gesetze, 2. Grundzüge des Familien- u. Erbrechts, 3. Geld-, Bank- u. Börsenwesen...

Karlsruher Milchhändler-Genossenschaft. e. G. m. b. H. Bilanz für das Geschäftsjahr 1919.

Table with 4 columns: Aktiva, M, Pf, Passiva, M, Pf. Rows include Kaffavorrat, Ausstände, Vorräte, Inventar, Bankguthaben, Kreditsanleihe, Geschäftsanteile, Referenzfonds, Betriebsrücklage, Summa Passiva.

Mitgliederbewegung: Stand am 1. Januar 1919 95, Zugang 47, Abgang 9, Stand am 31. Dezember 1919 133. Der Vorstand: Stefan Kaufmann. Der Aufsichtsrat: Adolf Biehl.

Bekanntmachung.

Im Bundesanwalter des Stadtkr. Badenweilers, Schützenhausstr. 17, im Keller u. Eisenbahn befinden sich nachstehende herrenlose Hunde: 1. Boxdackel, männl., 2. Dobermann, männl., 3. Deutscher Schäferhund, weiblich, 4. Rottweiler, männl., 5. Dackel, weiblich...

Miet-Gesuche

Laden oder Geschäft in verkehrsreicher Gegend zu mieten oder zu kaufen gesucht. Falls Wohnung dabei, könnte mit 3-Zimmerwohnung im Zentrum getauscht werden. Auch außerhalb. Angeb. unter Nr. 872 ins Tagblattbüro erbeten.

Wetler.

Weber, Hoffstraße 3.

Zimmer

Baubeamter sucht möbliertes Zimmer. Angebote unter Nr. 888 ins Tagblattbüro erbeten.

Kapitalien

Geld verleiht in kurzer Zeit. Selbstgeber v. 100 Mark an aufwärts an jedermann bei monatlicher Rückzahlung. Dr. Buchleitner, Karlsruhe, Dreißigerstr. 17, 2 Treppen.

Möbl. Wohnung von 5 bis 7 Zimmer per Juli od. Oktober gesucht. Reflektant bietet jede Gewähr und gute Miete. Angebote unter Nr. 891 ins Tagblattbüro.

Offene Stellen Gewandte Stenotypistin per 1. Juli auf größeres Annahmestbüro erbeten. Angebote unter Nr. 867 ins Tagblattbüro erbeten.

Empfangsfräulein wird von Bahnarzt, auch zur Assistenz im Sprechzimmer, auf 1. Juli od. früher gesucht. Gest. Angebote unter Nr. 879 ins Tagblattbüro erbeten.

Mädchen-Gesuch. Suche auf sofort oder 15. Juni ein fleißiges Mädchen für Küche u. Haushaltung. In erst. Kaiserstr. 82 in der Konbitor.

Besseres Mädchen, das gut nähen u. bügeln kann, in Verhältniß. Gest. Angebote unter Nr. 880 ins Tagblattbüro erbeten.

Mädchen für Küche u. Hausarbeit gesucht. Werderstr. 88, am Strauß.

Stütze. Für alleinliche ältere Dame wird ein anständiges Mädchen, welches etwas Koch, kann, auf 15. Juni od. früher gef. Rab. Dr. Kronenhaus, Kronenstraße 62.

Mädchen-Gesuch. Für Küche u. Hausarbeit gesucht. Werderstr. 88, am Strauß.

Mädchen-Gesuch. Für Küche u. Hausarbeit gesucht. Werderstr. 88, am Strauß.

Mädchen-Gesuch. Für Küche u. Hausarbeit gesucht. Werderstr. 88, am Strauß.

Einlöjungsstellen für „Mutter und Kind“-Marken, Krankenmarken und „F“-Marken.

Die neuen Verkaufsstellen für die Lebensmittel auf obengenannte Marken sind:

- Im Stadtbezirk: Lebensbedürfnisverein, Rühlmerstr. 18, Ernst Schneider, Säbingerstr. 42/44, N. Wülfinger, Margaretenstr. 82, Wianusch & Co., Filiale, Karl-Friedrichstr. 3, H. Kraus, Werderplatz 37, Wianusch & Co., Filiale, Winterstr. 24, Lebensbedürfnisverein, Säbingerstr. 97, Drogerie Fehrmann, Ecke Karl- u. Amalienstr., Lebensbedürfnisverein, Serrenstr. 14, Drogerie Wals, Serrenstr. 17, Albert Zepfel, Jollittstr. 12, Wilhelm Erbes, Friedr. 173, H. Schaar, Ecke Seeling- u. Sophienstr., Julius Nagel, Ecke Glad- u. Bachstr., Wianusch & Co., Filiale, Rheinstr. 25, Grünwinkel: Franz Wall, Seppelstr. 15, Darlangen: Gottfried Dammannier, Kallenwörthstr. 34, Weiertheim: Heinrich Baer, Gebhardstr. 58, Hildpurr: Wilhelm Kocher, Nordendorfl. 4, Wianusch & Co., Filiale, Mattäckerstr., Rühlmerstr. Lebensbedürfnisverein, Saupfiststraße, Karlsruhe, den 2. Juni 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Der Mann, der die Stadt plünderte.

Natürlich war es eine Kleinigkeit für ihn, die Hotelkür mit einem Dietrich zu öffnen. Er achtete nur darauf, daß keiner ihn sah, und verschloß die Tür wieder sorgfältig, sobald er drinnen war. Zum erstenmal war er nun also in d'Alberts Zimmer, und er merkte, daß er ein klein wenig nervös wurde. Wenn er sich irrt, so stand er im Begriff, eine gebrühte Dummheit zu begehen. Wenn er sich aber nicht irrt, so befand er sich auf der Schwelle zu einer bedeutenden Entdeckung. Das Zimmer glück allen andern Hotelzimmern, aber es herrschte auffallende, zierliche Ordnung darin. Auf dem Koffertisch in der einen Ecke stand ein großer amerikanischer Reisetascher. Er trug mehrere Zettel, darunter solche aus Nizza, Kairo, Paris. Krag versuchte ihm mit seinen Dietrichen zu öffnen, aber das war unmöglich. In dem Kleiderschrank hingen, zierlich aufgehängt, verschiedene Anzüge, Fräcke, Smokingröcke, Hausjoppen; ein Bademantel lag zusammengepackt über einer Stuhllehne. Krag sah sich interessiert nach den Seemannssachen von der vorigen Nacht um, sie waren nicht zu finden. Wahrscheinlich hatte Herr d'Albert sie heute nacht noch gegen andere Kleider vertauscht. Aber wo war er gewesen? Bei einem seiner Mitschuldigen? Auf einer seiner Stationen? An dem breiten Fenster standen in einer langen Reihe mehrere dicke eingebundene Bücher. Krag konnte die Titel lesen. Es waren lauter wissenschaftliche Werke, die alle ägyptische Sprachforschung und Kulturgeschichte behandelten. Krag bewegte sich mit der größten Vorsicht im Zimmer. Er glitt wie eine Kugel umher. Er wollte nichts in Unordnung bringen, denn er rechnete damit, daß der rätselhafte Gelehrte mit seiner außerordentlich scharfen Beobachtungsgabe sofort selbst die geringste Veränderung entdecken würde. Die Schreibröhrenschubladen waren geschlossen. Es waren neue Schloffer eingesetzt worden, was Krag übrigens schon vom Portier wußte. Der Detektiv machte nicht einmal einen Versuch, sie zu öffnen; er wußte, daß sie widerstehen würden. Dagegen betrachtete er mit großem Interesse ein umfangreiches Manuskript, das aufgeschlagen auf dem Schreibtisch lag. Es war in französischer Sprache abgefaßt. Der Autor war bis zur Seite sechshundertvierzehn gelangt. Krag blätterte in dem großen Manuskript zurück. Das Titelblatt gab an, daß es sich um einen Abschnitt der ägyptischen Geschichte handelte. Es wimmelte im Text auch von Hieroglyphen. Doch dann wurde der Detektiv auf etwas andres aufmerksam, das ihn in das höchste Erstaunen versetzte. Unter einem Briefbeschwerer aus Blei fand er drei gewöhnliche gelbe Notizblockblätter. Auf jedem dieser Blätter stand ein Satz in norwegischer Sprache. Auf dem ersten: „Spanisches Rohr wächst im Schatten.“ Auf dem zweiten: „Noch im Winkel.“ Und auf dem dritten: „Er hat Tinte an den Fingern.“ Besonders dieser letzte typische Ausdruck aus dem niedrigen Christiana wirkte so komisch auf den Detektiv, daß er unwillkürlich lachen mußte. Er las von neuem die drei merkwürdigen Sätze undachte wieder. Dann studierte er die Schrift genau. Die Sätze waren mit Bleistift geschrieben, die Schriftzüge waren sehr unsicher. Es fiel ihm dabei die Mitteilung des Chauffeurs ein, daß der Gelehrte, als er aus der Gegend der Ziegeleien zurückkehrte, unter den Gaslaternen gelesen oder geschrieben habe. Krag kannte die drei Ausdrücke. Sie ge-

hörten dem Christianaer Verbrechergargon an. In all ihrer Sinnlosigkeit bedeuteten sie eine ganze Menge für die Menschen, die die Sprache verstanden. Zwei von den Ausdrücken enthielten Mitteilungen, die im gegebenen Augenblick von großer Wichtigkeit für den sein mußten, für den sie bestimmt waren. Der dritte enthielt einen Befehl. Der Ausdruck „Spanisches Rohr wächst im Schatten“ bedeutete einfach, daß die Polizei im Fahrwasser sei. Es war eine Warnung. Niemand in acht, die Polizei (die Kriminalbeamten) sind hinter dir her, aber du kannst sie nicht sehen. „Er hat Tinte an den Fingern“ war gleichfalls eine Mitteilung. Diese charakteristische Redewendung hieß im Verbrechergargon, daß der Betreffende vorbestraft sei. Vermutlich war der Ausdruck dem Fingerabdruckprozeß entnommen. Von jedem Verbrecher wird ja in der Vertikonalabteilung ein Fingerabdruck angefertigt. Und später hieß es von einem solchen Mann unter den Kameraden: Er hat Tinte an den Fingern. Aber der Ausdruck „Noch im Winkel“ war doch für den nicht Eingeweihten am aller rätselhaftesten. In all seiner Knappheit bedeutete auch er sehr viel. Er enthielt zugleich einen Befehl, eine Drohung und eine Warnung. Er bedeutete, daß Gefahr im Anzuge sei und an Flucht gedacht werden müsse. Ashörn Krag hielt es nun für möglich, daß einer oder mehrere der Gehilfen des Anführers entdeckt hätten, daß der Führer beobachtet wurde, vielleicht, daß Krag Wand an Wand mit ihm wohne. Diese Situation wurde in der Verbrechergargon so dargestellt, daß ein Winkel um den Betreffenden gebildet sei, daß die Polizei ihn umringt habe. Erhielt er dann die Nachricht „Noch im Winkel“, so hieß das, daß er um jeden Preis fliehen müsse zu entschließen, weil es der letzte Augenblick sei. (Fortsetzung folgt.)

Der Mann, der die Stadt plünderte. (46) (Abdruck verboten.) IX. Zwei Tage nach diesem sonderbaren Ereignis wurde der Jewelische Tholon verhaftet. Krag war vollumfänglich mit seinem Verhör beschäftigt, fand aber trotzdem Zeit genug zu den Beobachtungen im Hotel. Er war der Ansicht, daß jetzt so viele Verdachtsgründe gegen den Gelehrten vorlagen, daß er, ohne zu viel zu wagen, etwas Kühner auftreten konnte. Um elf Uhr vormittags ging d'Albert aus. Jens folgte ihm und konnte Krag einige Minuten später telephonisch mitteilen, daß Herr d'Albert sich zu einer wissenschaftlichen Konferenz zu dem Sonderling in der Theaterstraße begeben habe. Das Ganze erschien Ashörn immer märchenhafter. War Herr d'Albert wirklich der Anführer der Diebsgesellschaft — und zu dieser Anführung neigte Krag jetzt immer stärker — warum spielte er dann die seltsame Komödie mit seinen altägyptischen Studien? Versorgte er auch damit einen Plan? War er ein wirklicher Gelehrter oder wollte er nur den alten Doktor Saling verblüffen? Was wollte er in der Nacht bei den Ziegeleien? Und wie war es ihm gelungen, sich an Krag's Auto zu hängen? Es war nicht nur eine Kühnheit, sondern geradezu ein akrobatisches Kunststück. Sobald Krag wußte, daß d'Albert bei Doktor Saling in Sicherheit war, beschloß er, in sein Hotelzimmer einzudringen, was er bisher nicht gewagt hatte.

Der Mann, der die Stadt plünderte. (46) (Abdruck verboten.) IX. Zwei Tage nach diesem sonderbaren Ereignis wurde der Jewelische Tholon verhaftet. Krag war vollumfänglich mit seinem Verhör beschäftigt, fand aber trotzdem Zeit genug zu den Beobachtungen im Hotel. Er war der Ansicht, daß jetzt so viele Verdachtsgründe gegen den Gelehrten vorlagen, daß er, ohne zu viel zu wagen, etwas Kühner auftreten konnte. Um elf Uhr vormittags ging d'Albert aus. Jens folgte ihm und konnte Krag einige Minuten später telephonisch mitteilen, daß Herr d'Albert sich zu einer wissenschaftlichen Konferenz zu dem Sonderling in der Theaterstraße begeben habe. Das Ganze erschien Ashörn immer märchenhafter. War Herr d'Albert wirklich der Anführer der Diebsgesellschaft — und zu dieser Anführung neigte Krag jetzt immer stärker — warum spielte er dann die seltsame Komödie mit seinen altägyptischen Studien? Versorgte er auch damit einen Plan? War er ein wirklicher Gelehrter oder wollte er nur den alten Doktor Saling verblüffen? Was wollte er in der Nacht bei den Ziegeleien? Und wie war es ihm gelungen, sich an Krag's Auto zu hängen? Es war nicht nur eine Kühnheit, sondern geradezu ein akrobatisches Kunststück. Sobald Krag wußte, daß d'Albert bei Doktor Saling in Sicherheit war, beschloß er, in sein Hotelzimmer einzudringen, was er bisher nicht gewagt hatte.

